

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
 Neue Opfer des Terrors  
 Die Intervention in Spanien  
 Leon Blums Erfolg  
 Wie Labour regieren will

# Spanien und die Internationale

## Noch kann der Weltfrieden gerettet werden!

Die Konferenz der SAI und des IGB hat folgende Resolution beschlossen:

Die Konferenz der SAI und des IGB, auf Wunsch der spanischen Genossen in London am 10. und 11. März 1937 versammelt, sendet vor allem ihren Gruß dem spanischen Volk, das mit herrlichem Mut den Kampf gegen die vereinigten Kräfte des Faschismus führt und mit seiner Freiheit zugleich die Freiheit und den Frieden Europas und der Welt verteidigt.

Seit dem Beginn des Konfliktes haben die beiden Internationalen vor der öffentlichen Meinung der Welt stets sein wahres Wesen aufgezeigt. Nur allzusehr haben die Ereignisse ihre Voraussicht bestätigt.

Heute ist es jedermann klar, daß wir es mit einem vorsätzlichen Angriff des faschistischen Italien und des faschistischen Deutschland auf Spanien zu tun haben und daß Spanien, nach den treffenden Worten des Präsidenten Azana, nicht einen Bürgerkrieg, sondern den Krieg für seine nationale Befreiung führt.

Die faschistischen Mächte haben sich, ihre Verpflichtungen brechend, nicht damit begnügt, die Aufständischen mit Waffen und Munition zu versorgen, sie haben ihnen die Flugzeuge geliefert, die ihnen fehlten und möglicherweise auch Kriegsschiffe. Sie haben überdies in Spanien starke bewaffnete Streitkräfte gelandet, deren Gesamtstärke der mehrerer Armeekorps gleichkommt. Und die Tatsache, daß diese Mannschaften als »Freiwillige« bezeichnet werden, ändert nichts an den Verbrechen gegen das Völkerrecht, das hier begangen wurde.

Während Spanien sich auf diese Weise, unter offener Verletzung des Völkerbündnisses angegriffen sah, hat es nicht allein in keiner Form die Unterstützung erhalten, die es von Rechts wegen erwarten durfte, sondern man hat ihm das selbstverständliche Recht verweigert, sich auf dem freien Markt die zu seiner Verteidigung unentbehrlichen Mittel zu verschaffen. Gegen diesen Tatbestand haben die beiden Internationalen stets Protest erhoben.

Gegenwärtig will man die offenkundigen Mängel eines Systems, dessen praktische Anwendung den Namen »Nichteinmischung« keineswegs rechtfertigt, durch die Einrichtung einer Kontrolle ausgleichen. Die Internationalen, durch die Erfahrung früherer Versuche gewarnt, sind nicht überzeugt, daß die getroffenen Maßnahmen wirklich die Sachlage verbessern werden. Angesichts des üblen Vorsatzes der faschistischen Mächte wird die Ausbildung der Beobachter, die auf den Schiffen fungieren sollen, lange Zeit dauern und während dieser ganzen Zeit wird die Versorgung der Aufständischen fortgesetzt werden, die der Regierungskräfte nicht. Die Lücke, die Portugal darstellt, ist nur sehr unzulänglich verstopft. Wir protestieren dagegen, daß das Nichteinmischungs-komitee die Überwachung der Mittelmeerküsten Spaniens der deutschen und italienischen Flotte übertragen hat, die in so entscheidender Weise mit den aufständischen Streitkräften zusammenwirken.

Wenn, wie vorauszusehen, die Erfahrung zeigen wird, daß diese Maßnahmen nicht innerhalb einiger Wochen der von den faschistischen Mächten den Aufständischen geleisteten Unterstützung ein Ende machen, wird es die Pflicht der beiden Internationalen angeschlossenen Organisationen sein, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine Politik

durchzusetzen, die der spanischen Demokratie die Möglichkeit sichert, sich in voller Handelsfreiheit alle zu ihrer Verteidigung notwendigen Mittel zu beschaffen.

Es wird vorgeschlagen, alle gegenwärtigen in Spanien kämpfenden Ausländer zurückzuschicken. Die Stellung der wirklichen Freiwilligen, die, vom Glauben an ein hohes Ideal besetzt, in der Internationalen Brigade zur Freiheit der Völker kämpfen, unterscheidet sich wesentlich von der der Söldner, die die faschistischen Diktaturen in den Dienst Francos stellen. Trotzdem ist die spanische Regierung bereit, die Zurückziehung aller in Spanien kämpfenden Ausländer anzunehmen. Aber diese Zurückziehung kann nur erfolgen, wenn sie wirklich gleichzeitig geschieht, wenn eine ernsthafte, durch Beobachter beider Parteien geführte Erhebung die wirkliche Anzahl der vorhandenen deutschen und italienischen Soldaten feststellt, und wenn die Maßnahmen auch für die Marokkaner gilt, die als Untertanen des Sultans Ausländer sind.

Mit jedem Tag wird es klarer, daß die

spanische Frage nur gelöst, der Friede nur dann wieder hergestellt, ein allgemeiner Zusammenstoß nur dann vermieden werden kann, wenn man der Politik der kollektiven Sicherheit durch den Völkerbund treu bleibt, die die beiden Internationalen immer vertreten haben. Von Tag zu Tag wird der Kriegswille der faschistischen Mächte offenkundiger. Jeder Erfolg, den sie erzielen, bestärkt sie in ihren Plänen. Nur vor der geschlossenen Aktion der den Frieden wollenden Völker werden sie Halt machen. Der Friede ist dieser Völker gemeinsames Gut, er ist untrennbar. Gemeinsam müssen sie ihn behaupten oder wiederherstellen.

Die beiden Internationalen sind sich voll auf der Solidaritätspflicht bewußt, die die Verhältnisse ihnen auferlegten. Sie werden kein Opfer scheuen, um sie zu erfüllen. Sie haben den spanischen Genossen stets ihre moralische Unterstützung vorbehaltlos und begeistert dargebracht. Sie haben ihnen in allen möglichen Formen materielle Hilfe geboten. Sie werden sich bemühen, diese Hilfe noch zu steigern. Aber sie erinnern alle ihre angeschlossenen Verbände daran, daß die

beste Hilfe, die wir den Kämpfern bringen können, die in einem Kampf auf Leben und Tod für eine Sache stehen, die unsere Sache ist, — daß diese Hilfe darin besteht, die öffentliche Meinung der Welt aufzurütteln, von der letzten Endes der Ausgang des Kampfes abhängt.

Weil diese öffentliche Meinung schlecht unterrichtet oder gleichgültig war, ist der Angriff möglich gewesen. Weil sie die gutgesinnten Regierungen nicht genügend unterstützt, weil sie auf die übelwollenden Regierungen nicht genügend Druck ausgeübt hat, deshalb ist die Politik, die die beiden Internationalen vertreten, so wenig befolgt worden. An den Völkern liegt es nun, eine gefährlich gewordene Situation zu retten. Schon ist es der sozialistischen und gewerkschaftlichen Propaganda gelungen, bedeutende Erfolge zu erzielen: Klarheit verbreitet sich, die Geister geraten in Bewegung. Jetzt ist der Zeitpunkt, alle Anstrengungen zu verdoppeln. Wenn jede unserer Organisationen ihre ganze Pflicht erfüllt, dann wird der Sieg unserer spanischen Genossen gesichert und beschleunigt werden. Noch kann der Friede der Welt gerettet werden!

# Verschärfung der Gefahren

## Die Folgen der Nichtinterventionspolitik

Der spanische Ministerpräsident hat in wenigen Worten die Lage geschildert, die sich aus der Blockade für das republikanische Spanien ergibt. Wenn die Angreifer ihre Kriegsschiffe vor der ostspanischen Küste konzentrieren, wenn die Interventionsmächte zu Kontrolleuren der Nichtintervention bestimmt werden, während gleichzeitig ihre Truppen Schlachten gegen die spanische Regierung schlagen, so ist dies das traurigste Stück Diplomatie, das seit langem geleistet worden ist. Es ist das Ergebnis einer Diplomatie, die nicht mehr wagt, die Wahrheit zu sagen und das Recht öffentlich zu vertreten.

Es sind nicht mehr nur Deutschland und Italien, und ihre Vasallen, die an der Zerstörung des Völkerbundes und der kollektiven Sicherheit arbeiten, sondern auch die Diplomatie der demokratischen Mächte. Die Politik der Kaltstellung des Völkerbundes, die seit dem Beginn des spanischen Bürgerkrieges geübt wird, zerreißt die rechtlichen und moralischen Grundlagen des Völkerbundes. In der Note, die der spanische Außenminister an die Völkerbundsmitglieder wie an die englische Regierung gerichtet hat, heißt es, daß seit der Konstituierung des Völkerbundes es keine skandalösere Verletzung der durch den Völkerbundpakt auferlegten Verpflichtungen auf dem europäischen Kontinent gegeben habe als die faschistische Intervention in Spanien.

Die Duldung dieser Zerreißung des Rechts schließt große Gefahren für ganz Europa in sich. Wenn die Wahrheit erdrückt und vernichtet wird, wenn das Empfinden für Recht und Gerechtigkeit bei den Völkern politischer Opportunität geopfert wird, wenn man die internationale Moral abwürgt, dann wird die Bahn frei für die Ideen der nackten Machtpolitik, dann werden auf dem Umweg über die Politik der machtpolitischen Opportunität die geistigen Grundlagen der Demokratie auch bei den demokratischen Völkern Europas zerstört.

Die Politik der Nichtintervention außer-

halb des Völkerbundes hat tatsächlich die Verfassung Europas verändert. Der Weg geht von der Idee der kollektiven Sicherheit weg und zu den Konzeptionen Hitlers und Mussolinis hin. Die Politik der europäischen Mächte gegenüber dem spanischen Kriege entspricht durchaus jener Politik der Lokalisierung dieses Konflikts, wie sie Hitler konsequent der Idee der kollektiven Sicherheit gegenüberstellt. Lokalisierung bedeutet aber Begünstigung des Angreifers — und wer kann heute noch zweifeln, daß die Politik der Nichtintervention die grandioseste Begünstigung der faschistischen Interventionsmächte darstellt, die man sich vorstellen kann? Der Aufsatz der »Times«, den wir nachfolgend abdrucken, schlägt alle Zweifel und Beschönigungsversuche zu Boden — obwohl er die Dinge immer noch zu schönfärberisch darstellt. Der Nichtinterventionsausschuß in London kommt in der Praxis auf einen Fünferpakt von Großmächten hinaus, der den Völkerbund beiseite schiebt.

Diese Entwicklung weiterzutreiben, den Völkerbund zu zerstören und der Demokratie einen entscheidenden Stoß zu versetzen — das ist der Sinn der Note, die Deutschland und Italien an die englische Regierung über die Frage des Westpaktes gerichtet haben. Es war von vornherein klar, daß es sich um ein diplomatisches Ablenkungsmanöver handelt. Die diplomatische Maschinerie soll über papierne Dinge von papierem Wert in Atem gehalten werden, während die faschistischen Mächte mit Blut und Eisen sich Machtpositionen schaffen. Die Lektüre des englischen Blaubuches, das nach der Rheinlandbesetzung herausgegeben worden ist, ist für die Erkenntnis dieser Methode außerordentlich lehrreich.

In der Sache enthalten diese Noten die alten Thesen der Hitlerpolitik: Lokalisierung von Konflikten statt kollektiver Sicherheit, Viererpakt der Großmächte statt Völkerbund, Hinausdrängung Sowjetruß-

lands aus der europäischen Politik, freie Hand für die faschistischen Mächte im Osten und Südosten Europas — alles in allem die logische Konsequenz aus der Lage, wie sie durch die Nichtinterventionspolitik in Europa geschaffen worden ist. Diese Politik der »Friedenssicherung« im Westen läuft darauf hinaus, Frankreich und seine Verbündeten und die Gültigkeit der Verträge, die sie untereinander abgeschlossen haben, der Kuratel Englands und Italiens zu unterstellen. Praktisch soll Mussolini, der Bundesgenosse Hitlers zum Schiedsrichter darüber eingesetzt werden, ob Handlungen seines Bundesgenossen Hitler einen Angriff darstellen und ob die Bündnisverträge spielen sollen.

Man stelle sich vor, daß Sowjetrußland aus dem famosen Nichtinterventionsausschuß in London ausscheidet, daß England und Frankreich allein Deutschland und Italien gegenüberstehen, und man hat ungefähr ein Bild von dem, was die faschistischen Mächte anstreben. Und dann stelle man sich weiter vor, daß eine bewaffnete Aktion Hitlers in Zentraleuropa sich erigne, und daß ein solcher Ausschuß darüber zu befinden habe, ob diese Aktion einen Angriff darstellt oder nicht! Genau das ist es, was »die Achse Berlin-Rom« anstrebt.

Wenn diese Pläne verwirklicht werden würden, dann könnte jedes europäische Land, das nicht zu den vier Großmächten gehört, täglich zu einem neuen Spanien gemacht werden. Es hat nicht den Anschein, als ob Frankreich und England ernsthaft auf solche Vorschläge einzugehen gedächten, so sehr sich auch die faschistischen Mächte bemühen, auf die schwachen Punkte der Ersatz-Locarno-Front zu drücken — zum Beispiel in Belgien, wo eine Politik gegen den Völkerbund und die kollektive Sicherheit geführt wird. Der Versuch, die wahre Lage durch diplomatische Fiktionen zu verschleiern, hat deshalb wenig Erfolgsaussichten.

Die wahre Lage Europas ist jedenfalls heute weitaus gespannter und gefährlicher

# Der Zusammenbruch der Nichtinterventionspolitik

## Die Verantwortung für den internationalen Krieg in Spanien

Unter der Überschrift: »Die Intervention in Spanien. Die Bilanz der fremden Hilfe. Schätzungen eines Beobachters« veröffentlichte die »Times« vom 10. März den folgenden Aufsatz, der den internationalen Charakter des spanischen Krieges trefflich zeigt:

»Wie schwach die kriegerischen Kräfte in Spanien im Juli 1936 waren, kann ermessen werden an Hand der geheimen Instruktionen, die vor der Revolte von der Militärjunta ausgegeben worden sind. Darin war vorgesehen, daß die Garnisonen von Logrono, Burgos, Valladolid, Pamplona, Soria und Saragosa sich gleichzeitig erheben sollten, und daß alle, mit Ausnahme der Garnison von Saragosa der Garnison von Madrid zu Hilfe eilen sollten. Sorgfältige Vorbereitungen waren für den Schutz dieser Kolonnen getroffen und für den Marsch über die Guadarrama, denn es war bekannt, daß die Regierung kürzlich 26 Panzerwagen für die Sturmdivision gekauft hat. Deshalb sollte jeder Kolonne ein Lastwagen mit speziell vorbereitetem Panzerschutz voranfahren, auf dem ein kleines Geschütz, das nach vorn über den Führerstand zielen müsse, montiert sein müsse. »Fürchtet nicht — so heißt es in dem Dokument — die Luftwaffe der Regierung. Sie haben keine Bomben, die schwerer als 15 Pfund sind, und die eine Menge Lärm und sonst nichts machen.« Von Luftabwehrartillerie ist keine Rede.

Die Mannschaften, die auf die Guadarrama marschierten, waren spanische Truppen und Phalangisten. Die Mannschaften, die sich ihnen entgegenstellten, waren ebenfalls Spanier, Sturmgarden, Truppen, und Volksfrontmilitär. Im März 1937 sind die meisten dieser wagemutigen Männer tot. Die Lastwagen mit Phantaseuniformen sind verschwunden, die Flugzeuge der Regierung sind gefallen, die 26 Panzerwagen der Sturmdivision liegen auf dem Schutthaufen, die 15-Pfund-Bomben haben an Gewicht zugenommen. Regierung und Rebellen greifen mit fremden Luftflotten an, die meistens von Fremden in ihren normalen militärischen Formationen geflogen werden, und sie bekämpfen den Feind mit fremder Luftabwehrartillerie — wobei die Deutschen glänzen. Im Felde lassen sie fremde Tanks gegen fremde Tanks kämpfen, und begegnen einander mit fremden Antitankgeschützen. Für die schwersten Kämpfe werden fremde Stoßtrupps als Verstärkungen gebraucht. Madrid und Malaga verdanken ihre verschiedenen Geschicke fremder Infanterie.

als zu Beginn des spanischen Krieges. Der Versuch, sie durch die Politik der Nichtintervention zu entspannen, ist gescheitert — diese Politik hat die Gefahren nur verschärft.

## Der Fall Weißler

Ein neuer Mord im Konzentrationslager — Ein Deutscher, den ein christlicher Glaube SS-Opfer werden ließ.

Der ehemalige Landgerichtsdirektor, zuletzt Büroleiter der Bekenntniskirche Dr. Weißler ist im Konzentrationslager ermordet worden.

Dr. Weißler war in der Republik Landgerichtsdirektor. Er entstammte einer ganz und gar nationalen Familie. Weißlers Vater, auch dieser ein höherer Beamter, nahm sich am 19. November 1918 aus Gram über die Abdankung des Kaisers durch einen Revolverschuß in die Schläfe das Leben. Für den Sohn war »streng national« und »gut christlich« ebenso identisch, wie für seinen Erzeuger, dessen Charakter sicherlich so vieles vor jenen ordensmaskierten Gespenstern, die im Dritten Reich — siehe Mackensen! — wieder die große Mode geworden sind, voraus hatte. Als sich die sogenannte »Bekenntniskirche« zur Rettung des durch »Reichsbischof« und SA bedrohten Evangeliums in Deutschland bildete, quittierte Weißler seinen Dienst unter dem Barrett, um sich ganz den Aufgaben der zum moralischen Widerstand entschlossenen Pfarrer- und Lafengemeinschaft zu widmen. Er wurde Bürovorsteher bei der vorläufigen Leitung der Bekenntniskirche in Berlin. Im Herbst 1936 erschien nun bekanntlich jene Denkschrift dieser Kirchenopposition, die sich über ihre Proteste in kirchlich-dogmatischen Dingen hinaus zum ersten Mal — auch aus christlichen Beweggründen — gegen Hitlersche »Politik«, vor allem gegen die Schande der Konzentrationslager wendete.

Sei es nun, daß man in Weißler einen der Verfasser dieser Denkschrift sah, sei es, daß er nur den Vertrieben unter den Anhängern der Bekenntniskirche büromäßig vermittelt hatte

## Bomber und Kampfflieger

Gegenwärtig arbeiten etwa 100 deutsche und italienische Bomber für General Franco, und etwa 100 deutsche und italienische Kampfflieger. Die meisten dieser Flugzeuge werden von Deutschen und Italienern geflogen, und General Franco hat kaum andere Flugzeuge. Die Namen der Typen sprechen für sich selbst. Junkers 52, Heinkel 51, Savoia 81, Caproni 135, Fiat CR 32, R O 37, Cant- und Macchi-Seeflugzeuge. Besonders das italienische Material ist das modernste. Auf der anderen Seite sind etwa 80 moderne russische Kampfflugzeuge, einige wenige französische Devotines 510, und ungefähr 60 Bomber rumänischer Herkunft. Die Russen fliegen ihre eigenen Flugzeuge. Die wenigen anderen Typen werden von Spaniern geflogen oder von Männern, die von den Enden der Welt durch Insekte herbeigesucht worden sind. Fast das gesamte Luftmaterial auf beiden Seiten ist nach dem Beginn des Bürgerkrieges nach Spanien gekommen; drei Viertel davon ist unter Bruch des Nichtinterventionsabkommens geschickt worden, und das meiste dieser drei Viertel unter Anteilnahme fremder Regierungen.

Die mechanischen Landkräfte sind gänzlich fremden Ursprungs. Für General Franco sind ungefähr 80 kleine Tanks, zum Teil das deutsche gewöhnliche Zweimann-Armeemodell, zum Teil der italienische Fiat-Ansaldo. Für Madrid, Barcelona und die Nordküste gibt es sehr viel weniger russische Tanks, die ein kleines Geschütz und eine Besatzung von 3 bis 4 Mann tragen, sowie etwas mehr als 20 Panzerwagen. Sie werden — wenn auch nicht immer im Gefecht — von fremdem Personal bedient. Deutsche 37-mm-Antitankgeschütze des gewöhnlichen Reichwehrtyps (die zuerst 1936 nach Abessinien ausgeführt wurden), ein neues deutsches Antitankgewehr, das das Monstrum auf 200 Meter tötet, und das Schweizer Oerlikongewehr werden benutzt, um die mechanischen Kräfte auf beiden Seiten zu töten. Aber gelegentlich werden die Tanks einfacher erledigt durch deutsche Handgranaten und russisches Benzin.

## Kritische Momente

Beide Seiten haben ihre fremden Stoßtrupps, fremde Stäbe und fremde Spezialitäten. Es heißt, daß die Luftverteidigung von Barcelona russisch ist, auf der anderen

— auf jeden Fall wurde der Mann damals von der Gestapo verhaftet und in Einzelhaft untergebracht. Freunden, die ihn im Gefängnis hin und wieder sprechen konnten, begegnete er mit jener vielleicht allzu naiven Haltung des ganz christlichen Menschen, der sich nur auf sein gutes Gewissen verläßt. Da auch der Staatsanwalt nicht wagte, ihm einen »Volksverratsprozeß« anzuhängen, passierte ihm, was Zehntausende von »Marxisten« in genau gleicher »Rechts«lage auch auszukosten hatten und haben; anstatt nun wenigstens, nach langer quälender Untersuchungshaft, freigelassen zu werden, nahm ihn die SS »in Behandlung«. Anders ausgedrückt: aus dem Gefängnis mit noch halbwegs geordneter Behandlung des Insassen ins Konzentrationslager mit ihm, wo jeder Häftling vogelfrei ist! Man kann sich die Gesichter der SS-Schläger schon vorstellen, als ihrer »Erziehungsrunde« gerade nun dieser »Mucker« anvertraut wurde! Im Konzentrationslager ist dann Dr. Weißler schon nach einigen Tagen erhängt aufgefunden worden.... Der übliche Selbstmord, selbstverständlich! Von vielen Hundert Sozialisten und Kommunisten hat man diesen ja mit gleichem Erfolg auch gemeldet... Nur, in diesem Falle erklärt der »Schweizer Evangelische Pressedienst«: »Auf Grund bestimmter Indizien ist es ausgeschlossen, daß bei Dr. Weißler wirklich Selbstmord vorliegt.«

Aber der Mord genigte noch nicht. Eine lutherische Kirchengemeinde ganz von nationalsozialistischen »Deutschen Christen« besetzt — die von Berlin-Westend — hat der Familie des Ermordeten sogar verweigert, ihren Toten auf dem ihr gehörigen Friedhof beizusetzen, so daß der Leiche das feig Erschlagenen gute Freunde einen stillen Platz weit draußen, in Berlin-Stahnsdorf, erst suchen mußten.

Dieser Fall Weißler hat nicht nur in schweizerischen evangelischen Kreisen, sondern vor allem auch in England, große Empörung hervorgerufen.

Seite gibt es wenigstens zwei deutsche Luftabwehrniederstellungen für den Schutz großer Städte und zahlreiche Feldbatterien. Die deutschen Offiziere klagen, daß diese Geschütze, deren Mündungsgeschwindigkeit und Genauigkeit sehr hoch sind, durch das beständige Hin- und Herfahren auf spanischen Straßen verdorben werden.

An drei kritischen Augenblicken für die Rebellen hat die Intervention ihrer fremden Freunde die Waagen zu ihren Gunsten geneigt.

1. Die Savoia 81 und die Junkers 52, die ihnen im Juli und August geliefert wurden, im ganzen 40 der größten Bomber Europas, ermöglichten es General Franco, erstens seine Truppen von Marokko über die Straße von Gibraltar zu transportieren, und zweitens die Regierungsverflotte zu bombardieren, welche die Straße von Gibraltar blockierte und sie in ihre Basis Cartagena zurückzutreiben. Das Hinüberwerfen der afrikanischen Armee in den spanischen Krieg hob die Lähmung Francos an der Guadarrama auf.

2. Mindestens 40 deutsche und italienische Kampfflieger kamen im August in Spanien an. Diese, die die älteren und langsameren Regierungsflugzeuge aus dem Himmel schossen, während ihre Bomber die Mängel der afrikanischen Artillerie bei Badajoz und Talavera ausglich, machten Francos berühmten Marsch das Tago-Tal entlang nach Madrid möglich.

3. Als Ende Januar eine Diversion erforderlich war, um die Lähmung vor Madrid zu erleichtern, wurde von den italienischen Ratgebern von Franco die Lösung von Malaga gewählt. Es ist unwahrscheinlich, daß Malaga genommen worden wäre ohne die italienische Beteiligung von Infanterie und ohne das deutsche und italienische Bombardement durch Land- und Seeflugzeuge.

Die Madrider Regierung ist zweimal durch fremde Hilfe gerettet worden. Es war die Ankunft des neuen russischen Materials an Flugzeugen, Tanks und Artillerie, sowie das Beispiel, das von der (XI.) Internationalen Brigade und später von der (XII.) Internationalen Brigade gegeben wurde, das Madrid anfangs November rettete. Während dieses Monats bedeckte fremdes, meist russisches Material den Himmel von Madrid. In der Januaroffensive gegen El Pardo, nördlich von Madrid, und vielleicht auch in der Februaroffensive gegen die Jarama, südlich von Madrid, wurden die Kosten der Schlacht von internationalen Freiwilligen getragen. Sie sind durch eine internationale Organisation, die kommunistische Partei, rekrutiert worden.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die fremde militärische Hilfe zuerst von Italien und Deutschland gekommen ist. Die Savoia-Flugzeuge, die im Juli auf französischem Gebiet abstürzten, hatten ihre Flugbefehle am 17. Juli, vor dem Ausbruch der Revolte, erhalten, und die deutschen Bomber begannen Anfang August einzutreffen. Ungefähr zur gleichen Zeit wurden 18 französische Flugzeuge — aber nicht auf französische Initiative — der Madrider Regierung geliefert. Andere deutsche und italienische Kampfflieger wurden Franco nach dem Fall von Badajoz geliefert. All diese Interventionen in die spanischen Angelegenheiten geschahen vor dem Nichtinterventionsabkommen, das am 28. August unterzeichnet wurde; sie wurden deshalb technisch durch diesen Akt normalisiert, und Intervention im Sinne dieses Abkommens findet erst nach diesem Datum statt. Nach dem 28. August und bis (wahrscheinlich) Dezember, ist Deutschland nicht technischer Intervention überführt, auch nicht Frankreich. Dagegen ist Italien überführt; denn es schickte Artillerie mit italienischem Regimentspersonal im Oktober nach Spanien. Aber in dieser ganzen Periode bewegt sich der Rhythmus der Intervention von Deutschland und Italien Rußland zu.

Den Oktober hindurch strömte russisches Material nach Nord- und Ostspanien, bis die Anstrengungen der faschistischen Mächte ausgeglichen waren. Alle ihre Flugzeuge, Tanks und Artillerie kamen damals an. Diese Lieferungen wurden gezahlt aus den spanischen Goldreserven, deren gesetzlicher Eigentümer die Madrider Regierung ist. Die deutschen und italienischen Lieferungen wurden teilweise bar bezahlt, teilweise durch Handelsabkommen, gleich jenem, das die deutsche Firma Hirma ermächtigte, die Produktion der Rio-Tinto-Kupferminen zu beschlagnahmen, und teilweise durch politische Abkom-

men. Mindestens eines dieser politischen Abkommen ist bekannt, in dem General Franco Italien verspricht, Spanien niemals an internationalen Maßnahmen, d. h. Sanktionen gegen Italien teilnehmen zu lassen, und keiner italienfeindlichen Schifffahrt den Gebrauch spanischer Häfen zu gestatten.

## Die Freiwilligen

Der Oktober war zugleich die große Periode der Werbung für die internationalen Kolonnen in Frankreich. Es war augenscheinlich, daß Deutschland und Italien reagieren würden. Gegen Ende November herum trafen mehr deutsche Kampfflieger ein und 40 neue Italiener der gleichen Klasse. Von diesem Zeitpunkt an stellten die Beobachter in Spanien fest, daß die beiden Mächte sich spezialisierten — die Deutschen übernahmen das Luftbombardement und die Italiener die Luftgefechte. Die Italiener halfen außerdem den Rebellen, indem sie die Schiffsbewegungen aus russischen Häfen beobachteten. Acht russische Schiffe wurden nach Rebellenhäfen gebracht oder versenkt.

Deutschland und Italien lieferten auch Mannschaften, um der internationalen Kolonne ein Gegengewicht zu bieten. Es scheint, daß zuerst nur Deutschland Mannschaften sandte. Die deutschen Freiwilligen, die aus der Armee ausgehoben wurden, kamen in drei Kontingenten an. Im Oktober SS motorisierte Spezialisten; Anfang Dezember und schließlich Anfang Januar Infanterie. Zusammen wurden zwischen 12.000 bis 15.000 Mann von Deutschland streng geheim geschickt. Mit Ausnahme von Spezialisten und der wenigen hundert Italiener unter Rossi, die auf Majorca im September einfielen und die Insel Iviza wiedernahmen, kamen nur 2500 italienische Freiwillige Anfang Dezember nach Spanien.

Vom 1. Januar ab bis Mitte Februar hat Italien 40.000 Mann nach Spanien geschickt, wohlausgerüstet mit Gewehren, Munition, Handgranaten, Maschinengewehren, Motoren, Lastwagen und Benzin, und bezahlt von Italien. Sie sind rekrutiert und organisiert von der faschistischen Partei. Diese Expeditionsmacht — bei weitem die stärkste in Spanien — wird von ihren eigenen Seeflugzeugen begleitet, und wird wahrscheinlich an der Küste zwischen Malaga und Valencia eingesetzt werden. Es sind auch noch 3000 Iren unter General O'Duffy da. Eine ungefähre Ziffer für die Zahl der Fremden, die unter General Franco kämpfen, ist 60.000.

Die internationale Kolonne unter dem Kriegsministerium von Valencia ist viel schwieriger zu schätzen. Die meisten von ihnen sind in Frankreich rekrutiert worden oder durch Frankreich gekommen, aber sie sind niemals in so großen organisierten Einheiten nach Spanien gekommen wie die von Deutschland und Italien. Sicherlich sind nicht mehr als 1000 nach Nordostspanien gekommen, von Irun, d. h. nach Asturien. Perpignan, durch das die Majorität kam, berichtet 12.000; aber die offizielle Ziffer, die von Valencia publiziert wird, ist 15.000, und muß als über dem Minimum angenommen werden. Im einzelnen ist bekannt, daß über 7000 dieser Männer seit November in Madrid gedient haben, und daß andere Brigaden an der Front von Aragon und bei Cordoba gewesen sind. Es müssen daher mindestens 15.000 fremde Freiwillige in der Front dienen und es werden sicherlich Reserven in Albacete und in Barcelona ausgebildet. Sympathisierende Beobachter setzen die Ziffer auf 20.000 an. Sie ist notwendig vage, da diese Freiwilligen nicht in großen Schiffsladungen angekommen sind. Eine unparteiliche Schätzung muß deswegen eine Ziffer zwischen 20.000 und den 35.000 annehmen, die von den Gegnern von Valencia angegeben wird, die aber sicherlich übertrieben ist. Viele sind wieder umgekehrt, und die Gesamtzahl aller, die seit dem Krieg nach Spanien gekommen sind, ist wahrscheinlich höher. Die meisten von ihnen sind Franzosen, dann kommen deutsche und italienische Emigranten, es gibt 900 Engländer, ziemlich viel mehr Polen und Tschechen und ein Gemisch von Chinesen, Abessinern und — Iren. Sie haben schwere Verluste erlitten; denn sie haben die Front seit November gehalten. Die Italiener haben eben erst ihre Streitkräfte nach Spanien geworfen, und es ist zweifelhaft, ob Deutsche, außer Piloten und Spezialisten, in den Kämpfen festgestellt worden sind.

Diese nüchterne Aufzählung, die sich sorglich von den politischen Momenten des Angriffskrieges der faschistischen Mächte gegen die spanische Regierung fernhält, zeigt den völligen Zusammenbruch, den die Nichtinterventionspolitik der demokratischen Mächte erlitten hat.

## Aus einer braunen Gifffabrik

Wir enthüllen weiter — das System lobt.

Wir haben in Nummer 192 des »Neuen Vorwärts« die Verhältnisse in der schlesischen Glasindustrie und in der Zellstoff-Fabrik Hirschberg beleuchtet.

Dieser Bericht hat wie eine Bombe eingeschlagen. In allen den von uns genannten Betrieben wurden Betriebsappelle veranstaltet, in denen die Unternehmer und die Arbeitsfront gegen die Berichterstattung an uns losstobten. Es hilft ihnen nur nichts, und die Arbeiter erfahren auf diese Weise, daß sie nicht verlassen sind und nicht wehrlos.

Ueber die mörderischen Arbeitsbedingungen in der sogenannten Zellstofffabrik erfahren wir noch folgendes:

Außer dem im Bericht des »Neuen Vorwärts« (Nr. 192) angegebenen gesundheitlichen Störungen treten noch besonders Erkrankungen der Augen auf. Arbeiter, die seit längerer Zeit in der Giftkammer arbeiten sind bereits derartig schwach auf den Augen, daß man sie in anderen Werkstätten beschäftigen muß, damit sie das Augenlicht nicht völlig verlieren. Seit drei Tagen spricht man in dem Werke davon, daß ein Arbeiter erblindet sei.

Die Belegschaft kennt die Gefahren und ist daher sehr unzufrieden, da die Unfall-, bezw. Krankheitsverhütung völlig ungenügend ist.

Die meisten Unfälle geschahen kurz nach Eröffnung des Betriebes, da noch nicht alles fertig. Besonders die Arbeiter, die oben an der Decke arbeiten mußten (Rohrleger und Elektriker) wurden von starken Kopfschmerzen befallen und mußten ständig an die frische Luft gehen. Einige fielen plötzlich von den Gerüsten, bezw. Leitern und zogen sich z. T. schwere Knochenbrüche zu. Das lag besonders daran, daß anfangs keine Ventilatoren eingebaut waren und die Gase sich am meisten an der Decke sammelten. Inzwischen sind in alle Werkstätten Ventilatoren eingesetzt worden.

Die Hirschberger Arbeitslosen versuchen sich nach bestem Können zu drücken, niemand will dort eingestellt werden. Die Einstellungen erfolgen daher auch ständig unter Druck. (Unterstützungszug.) Zur Zeit sind schon viele auswärtige Arbeiter eingestellt. Vor einigen Tagen waren allerlei antifaschistische Losungen an etlichen Wänden zu lesen. Die Firma hat strenge Untersuchungen eingeleitet und alle Betriebsangehörigen mußten umfangreiche Fragebogen ausfüllen, worin auch die Fragen nach der ehemaligen Parteilugehörigkeit enthalten sind.

Wie zersetzend die Gase sind, geht daraus hervor, daß der neuerbaute Schornstein, der noch kein halbes Jahr im Betrieb war, im Dezember 1936 schon derartig gewaltige Schäden aufwies, daß man ihn Anfang Januar außer Betrieb setzte.

Man baute sofort einen provisorischen Holzturm, der innen stark mit Säurekitt belegt wurde. Gleichzeitig ging man daran, den alten Schornstein stark zu verkiten. Er kam dann wieder in Betrieb, doch schon nach 14 Tagen mußte er wieder außer Betrieb gesetzt werden, da die Säuregase bereits den ganzen Kitt zersetzt hatten und Fachleute erklärten, der Schornstein müsse einfallen, wenn nicht mit anderen Maßnahmen gegen den Zerfall eingeschritten werde. Vorgeschlagen wurde, den Schornstein innen mit Blei zu unkleiden, was die wirksamste Methode gewesen wäre. Dies mußte jedoch aus zweierlei Gründen abgelehnt werden. 1. Die Rohstoffknappheit läßt nicht zu, daß hier hunderte Quadratmeter Bleiblech verbraucht werden. 2. die gewaltigen Kosten. Daher wird zur Zeit der Schornstein innen nochmals mit Säurekitt stark verkitet, außen kommt eine 20 cm starke Schicht einer säurebeständigen Masse daran, die gleichzeitig dem Turm eine große Festigkeit verleiht. Diese Arbeiten werden beschleunigt ausgeführt, da bereits bei dem provisorischen Holzturm Einsturzgefahr besteht.

Einige andere Beispiele können noch aufzeigen, welche gewaltige zersetzende Wirkung die Säuregase ausüben: Die Röhrenleitungen für Wasser, Dampf usw., die bisher aus Eisen bestanden, mußten in etlichen Werkstätten bereits zum zweitenmale erneuert werden, da sie ständig von den Gasen zerfressen worden sind. Jetzt werden die ganzen Röhrenleitungen, die eine Länge von einigen Kilometern aufweisen, durch Bleirohr ersetzt.

Die Maschinen litten ebenfalls unter Säurewirkungen, so daß sie ständig überholt werden mußten. Jetzt hat die Firma eine Anweisung an die Monteure herausgebracht, daß nur noch notwendige Reparaturen an den Maschinen gemacht werden sollen, das ständige Ueberholen der Maschinen käme teurer als die Anschaffung

# Neue Opfer der Terrorjustiz

## 23 Jahre Zuchthaus in Karlsruhe

Der in Karlsruhe tagende zweite Senat des Volksgerichtshofes Berlin verhandelte gegen drei Badenser wegen »hochverräterischen Unternehmungen«, die, wie es in der Anklage hieß, sich in Süddeutschland für die hochverräterischen Ziele der illegalen SDP. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) betätigten. Die Angeklagten sind bereits weit über ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen.

Es erhielten der Hauptangeklagte Baumann 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, Hussong 8 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust und Heilig 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

4

Dazu wird uns geschrieben:

Am 8. und 9. März verhandelte der 2. Senat des sogenannten Volksgerichtshofes Berlin in Karlsruhe neben anderen auch gegen den Dreher Jakob Baumann aus Mannheim und schickte ihn auf zehn Jahre ins Zuchthaus, verschärft durch zehn Jahre Ehrverlust wegen »Hochverrat«. Die Arbeiterschaft in Mannheim verehrt diesen Märtyrer seiner Ueberzeugung um so mehr, denn Jakob Baumann stand bis zuletzt in ihren Reihen als Sozialdemokrat und Gewerkschafter.

Baumann arbeitete bei der Maschinenfabrik Lanz und war dort viele Jahre der immer wiedergewählte Betriebsratsvorsitzende. Der Ortsverwaltung Mannheim des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gehörte er als Beisitzer an. Eine markante, stattliche Person, von wahrhaft vornehmen Charakter, zurückhaltend und liebenswürdig, war er unter den Mannheimer Metallarbeitern der beliebtesten einer. Auch die Firma Lanz sollte Baumann die schuldige

Anerkennung und Achtung, denn sie wußte die Persönlichkeit zu schätzen.

Als das Dritte Reich ausgebrochen und die Gewerkschaften beseitigt waren, verlangten die paar Nazis bei Lanz die Entlassung Baumanns. Die Firma lehnte ab, weil sie es diesem Manne gegenüber wohl als ehrenrührig fühlte. Die Nazis drohten, schikanieren, stänkerten, provozierten, damit Baumann selbst Anlaß zum Einschreiten geben sollte. Als ein Mann von Charakter lehnte Baumann konsequent den »Hitlergruß« ab. Niemals hat er sich vor diesem Geißlerhut gebeugt. Wer ihm mit »Heil Hitler« ansprach, den ließ er wortlos stehen. Kommt da solch eine Drecksseele ohne Anlaß an seine Drehbank und sagt provozierend »Heil Hitler«. Baumann hörte nicht. Der Kerl provozierte weiter: »Gell, die Bonzen haben wir weggejagt.« Nun kann sich Baumann wegen der Beleidigung seiner Freunde nicht mehr halten und äußerlich ruhig erwidert er: »Ja, mit dem Unterschied, unsere Führer nennt Ihr Bonzen und Eure Bonzen nennt Ihr Führer.« Dieses Wort wird später gegen ihn verwendet.

Baumann wehrt sich auch gegen die zwangweise Stärkung der Nazi-Kassen und kauft keine Abzeichen, Plaketten, Sträußchen etc. Selbstverständlich beteiligt er sich 1933 und 1934 nicht an den Maifeier-Schändungen durch die Nazis. Aber noch immer arbeitet er bei Lanz.

Am 11. September 1934 erleidet er einen Betriebsunfall, der ihn arbeitsunfähig macht. Während dieser Zeit, am 4. Oktober wird er verhaftet unter der Beschuldigung des Hochverrats. Im Gefängnis, am 28. November, die Folgen des Unfalles sind einigermaßen behoben, wird er wieder arbeitsfähig geschrieben. Kurz darauf, am 7. Dezember 1934 wird Baumann aus der unschuldig erlittenen Untersuchung entlassen. Am anderen Tage, am 8. Dezember entläßt ihn die Firma Lanz mit

somitiger Wirkung. Gewiß hat sich die Firma lange gegen den Druck der Nazis gestäubt, trotzdem war diese Handlung schief und ehrlos, denn soeben war Baumann von einem Unfall erst wieder hergestellt.

Gegen dieses Unrecht rief Baumann das Arbeitsgericht an. Die Firma verteidigte sich damit, daß die Belegschaft unruhig würde bei Weiterbeschäftigung. Baumann konnte mit guten Gründen sich darauf berufen, daß 90 Prozent auf seine Seite stehen. Ja, aber die Nazis! Sie hätten gedroht, Baumann mit Gewalt aus dem Betriebe zu entfernen. Also wird durch seine Weiterbeschäftigung der Betriebsfrieden gestört, nicht umgekehrt.

Das Arbeitsgericht hat am 27. Februar 1935 die fristlose Entlassung für berechtigt erklärt, denn Baumann hat Schuld, nicht die Nazis. Als Beweis wird auf all das hingewiesen, was oben gesagt und von Baumann nicht bestritten wurde. Diese Jammerkerle von Arbeiterrichtern mußten im Urteil folgende Ehrenerklärung für Baumann ausstellen: »Sein Verhalten zeigt, daß er nach wie vor an seiner Einstellung festhält.« Die Kosten des ganzen Verfahrens mit 600 Mk muß er zu der Vergewaltigung auch noch tragen.

Jetzt haben feile »Volksrichter« diesen prächtigen Menschen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, nachdem er erneut fast 1½ Jahr in Untersuchungshaft gehalten war; diesem Ehrenmann lautersten Charakters und herrlicher Ueberzeugungstreue auf zehn Jahre der Ehre verlustig erklärt. Lächerlich! Als wenn Nazis einem anderen die Ehre nehmen könnten. Die Nazi-Ehre ist nur eine Besudelung ehrenhafter Menschen. Jakob Baumann bleibt unter den Parteigenossen und Gewerkschaftern, besonders unter den Metallarbeitern was er immer gewesen ist: unser guter Kamerad, dem die Treue vergolten wird, wenn die Freiheit errungen ist.

## Die Arbeiter glauben ihnen doch nicht!

### Mißlungene Ablenkungsmanöver — Unsere Herzen sind in Spanien — Die Gestapo provoziert!

Aus Beuthen O.S. wird uns geschrieben: »Sie haben vor uns doch Angst, ist ein Ausspruch, den man jetzt wiederholt in Gesprächen der oberschlesischen Kumpels hören kann, was nicht zuletzt durch verschiedene Aktionen gegen die Meckerer durch die Arbeitsfront und verschiedene andere Naziorganisationen bestätigt wurde. Die Stimmung der Arbeiterschaft untertage ist so aggressiv, erklärt ein Generaldirektor gegenüber dem Vorsitzenden des Gleiwitzer Arbeitgeberverbandes, in Gegenwart des Gauleiters der Breslauer Nazis, daß man bald mit einem offenen Widerstand rechnen kann und prompt erfolgt die Antwort des Nazigauleiters, daß es schon lange auffällt, daß die oberschlesischen Kumpels doch den Nationalsozialisten nichts glauben. Das hätte sich insbesondere bei der Durchführung von Versammlungen zur Hebung der Stimmung, die die Arbeitsfront durch 12 Redner aus dem Reich durch den sogenannten »Aktionssturmtrupp« veranlaßt hat, erwiesen, wo die Belegschaften einfach überrascht werden mußten, beziehungsweise zur Teilnahme direkt gezwungen wurden, und auch dann wurde noch jede Gelegenheit benutzt, um sich vor den Betriebsappellen zu drücken. Der eine hatte eine kranke Frau, der andere mußte ausgerechnet an diesem Tage einen Besuch abstatten, die Betriebsappelle waren alle sehr, sehr schlecht besucht. Was nützt unsere ganze Aktion, »die Arbeiter glauben uns doch nicht!«. Nichts natürlicher, als daß die Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß man doch vor ihnen Angst habe.

Es wird gemeckert.

Die Opposition der Kumpels kommt verschiedentlich zum Ausdruck, sei es, daß sie jetzt die Regelung des Gedinges mit einem Delegierten ihrer Kameradschaft und dem Vertrauensmann erzwingen, sei es, daß durch verschiedene Anschriften auf den Kohlen-

neuer Maschinen, zumal das Ueberholen den Zerfall derselben nicht verhindern, sondern nur aufhalten könne.

In einigen Abteilungen, wo mit der Säure gearbeitet wird, besteht die Vorschrift, sofort den Arzt aufzusuchen, wenn ein Tropfen Säure die Haut berührt hat. Kommt die Säure auf den Apzug, so zerfriert sie sofort den Stoff und verbrennt noch die Haut. Das Werk hat daher ständig einen Arzt und einen eigenen Krankenwagen.

wagen, Betriebsleitung und Vertrauensrat erfahren können, daß man nicht ruhig alles hinnimmt, was befohlen wird. In einer Reihe von Gruben sind neue, größere Kohlenwagen angeschafft worden, worauf schon am ersten Tage auf der Kastelengrube zu lesen war: »Du bist so groß und ich so klein und das soll Kraft durch Freude sein!«, oder auf einer anderen Schachtanlage der gleichen Grube »Das ist eine neue deutsche Tat, die der Vertrauensrat genehmigt hat! Daß man die Wagen immer größer baut und uns noch mehr den Lohn beklaut!«. Alle Nachforschungen nach den Tätern blieben erfolglos, aber der Vertrauensrat erhielt dafür den Besuch zahlreicher Beschwerdeführer und sah sich schließlich veranlaßt, zu sagen, daß nicht er die Schuld trage, sondern ausschließlich die Kreisleitung der Arbeitsfront.

Unsere Herzen sind in Spanien.

Die Tatsache, daß es amtlich verboten ist, über Spanien zu sprechen, was früher die Naziorganisationen ausgiebig zum Kampf gegen die Bolschewisten ausgenutzt haben, findet in der Arbeiterschaft lobhafte Kommentare, mit dem Hinweis, daß Hitler in Spanien seine »Kloppe weg hat« und darum will man alles unterbinden, um die Wahrheit zu verhindern. Es ist ja kein Geheimnis, daß eine Reihe Oberschlesier ihr Leben in Spanien bereits gelassen haben, auch Briefe aus Spanien zirkulieren in Gesprächen, die der eine oder andere von seinen Verwandten erhalten hat. Und auf der Karstenzentrumgrube konnte man eines Tages auf der Fahrtstrecke groß und deutlich lesen: »Unsere Herzen sind in Spanien«, die »Volksfront muß siegen!« Und obwohl man diese Aufschrift rasch beseitigt hat, so ging sie wie ein Lauffeuer nicht nur auf dieser Zeebe, sondern innerhalb der Arbeiterschaft des Industriebezirks.

Provokateure mit falschen Parolen.

Daß die Gestapo im oberschlesischen Industriegebiet nach all ihren Mißerfolgen zur Provokation übergeht, konnte an einem Fall auf der Abwehrgrube bei Klausberg festgestellt werden. Auf einer Lokomotive war des Morgens eine Aufschrift angebracht, die besagte »bei Bräunung und Papen, hatten wir noch Braten, bei Hitler und Göring, reicht es kaum auf einen Herings« und die Belegschaft war sofort einig darüber, daß dies nur Agenten der Gestapo ausgeführt haben, denn über den Quatsch unterhält sich kein Arbeiter mehr. Man schritt auch prompt

zur Verhaftung des Lokomotivführers und Heizers, die aber bei der Beuthener Gestapo dabei verblieben, daß niemand anders in den Lokomotivschuppen Zutritt hatte, als ein Provokateur und den müsse sich die Gestapo suchen. Nachdem die Aufschrift da war, halten sie keine Ursache, sie von der Lokomotive zu entfernen. Die Verhafteten wurden zwar wieder in Freiheit gelassen, kamen aber ob des Verhältnisses nicht mehr auf ihre frühere Arbeitsstätte zurück.

Die Propaganda zieht nicht mehr.

Ob nun die Nazis eine Jagd nach politischen Zeitungen veranlassen oder besondere Kurse zum Schutz des »deutschen Volkstums« im Grenzland veranstalten, ob Heiligen-Bilder aus den Schulen entfernt werden oder Massenaustritte der Lehrer aus der Kirche veranlaßt werden, das alles wird jetzt mit ziemlicher Sicherheit von den Arbeitern als nichts anderes, denn Ablenkungsmanöver betrachtet, weil man die offene Pötte des Hitlersystems nicht mehr durch neue Versprechungen verdecken kann. Wird wieder einmal die Russenhetze im großen Stil aufgezogen, die dann den Kumpels Unterhaltungstoff bietet, so ist man mit der Antwort zurückhaltend und bemerkt, morgen bleibt wieder »die verblühte Mariechen weg« (Margarine), denn das Radio hat angekündigt, daß in Rußland die Hungersnot ausgebrochen ist. Man sorgt auch innerhalb der Kameradschaften dafür, daß frühere Nazis diese Unterhaltungen dem Vertrauensrat mitteilen, damit er nur ja über die Stimmung der Belegschaft den Kreisleiter der Arbeitsfront unterrichten kann. Alle können sie doch nicht einsperren und es ist schon egal, ob man hier oder im Gefängnis hungert, konnte ein Betriebsleiter aus der Heinitzgrube bei Beuthen erfahren, als er die Belegschaft eines Vororts ob der dauernden Meckerer über alles, was er anordnet, zu verwarren versuchte.

»Sie haben vor uns Angst, daß ist immerhin ein Fortschritt in der Widerstandsbewegung der oberschlesischen Kumpels und sie nutzen diese Tatsache aus, um höheres Gedinge und bessere Behandlung zu erzwingen, was bisher vielfach mit Erfolg gelungen ist.

So man hat...

Jedermann hat so viel zur Steuerung der winterlichen Not beigetragen, daß man sich mit ruhigem Gewissen in den nächsten Monaten jeden Sonntag wieder Mehrlöpfiges leisten kann, so man hat. Duftige Frühlingsgemüseplatten und Salatschüsseln ahnt unser Geschmackssinn bereits — vielleicht sogar österliche Eiergerichte, falls die Standesorganisation der Hühner dies billigt.

(Der »Westen«, Nr. 73, Berlin.)

# Moskauer Prozeßgeheimnisse

## Enthüllungen eines führenden Bolschewisten über die politischen und psychologischen Hintergründe der Moskauer Prozesse und die Ausrottung der alten Bolschewisten

### IV. Stalin gegen die alten Bolschewisten

Dieser Entschluß Stalins ist hauptsächlich durch die zusammenfassenden Berichte bestimmt worden, aus denen hervorging, daß die wirkliche Stimmung in der überwältigenden Mehrheit der alten Parteiarbeiter ihm gegenüber absolut feindlich sei.

Die Prozesse und Untersuchungen nach der Ermordung Kirows haben unzweifelhaft bewiesen, daß die Partei sich keineswegs mit der persönlichen Diktatur Stalins ausgesöhnt habe; daß ungeachtet aller öffentlichen Erklärungen die alten Bolschewisten sich im Grunde ihrer Seele ablehnend gegen ihn verhalten; daß diese ablehnende Haltung nicht abnehme, sondern wachse und daß die ungeheure Mehrheit aller jener, die ihm heute ihre grenzenlose Ergebenheit versichern, ihn morgen bei der ersten Wandlung der politischen Situation verraten würde.

Diese grundlegenden Tatsachen stellte Stalin aus dem Studium aller Materialien fest, die durch die Untersuchungen nach dem Attentat Nikolajews zutage gefördert wurden. Es muß anerkannt werden; Stalin hat für diese Tatsachen auch die Begründung gefunden und unerschrocken die Schlußfolgerungen aus ihnen gezogen. Die Ursache der geschilderten Haltung liegt nach der Auffassung Stalins in der Psychologie der alten Bolschewisten selbst. Groß geworden unter den Bedingungen des revolutionären Kampfes gegen das alte Regime, hätten wir alle die Psychologie von Oppositionellen, von unversöhnlichen Protestanten in uns entwickelt. Ob wir es wollten oder nicht, unser Geist arbeite stets in der Richtung der Kritik alles Bestehenden. Überall suchten wir in erster Linie die schwachen Seiten. Kurz gesagt, wir sind alle nicht Aufbauer, sondern Kritiker, Zerstörer. In der Vergangenheit war das gut, — jetzt, wo wir uns mit positivem Aufbau befassen müssen, ist das hoffnungslos schlecht. Mit einem solchen Menschenmaterial aus Skeptikern und Kritikastern kann man nichts Festes aufbauen, wir aber müssen jetzt vor allem an die Festigkeit des Sowjetstaates denken, denn wir gehen großen Erschütterungen entgegen, die mit dem unvermeidlich kommenden Krieg verbunden sind.

Auch die Schlußfolgerung, die Stalin aus dieser Feststellung zog, ist keineswegs schlichtern: Wenn die alten Bolschewisten, d. h. jene Gruppe, die heute die herrschende Schicht im Lande bildet, für die Ausübung dieser Funktion unter den neuen Verhältnissen nicht brauchbar sind, so müssen sie möglichst schnell von ihren Posten abgesetzt und durch eine neue herrschende Schicht ersetzt werden. Nach den Plänen Kirows war die Aussöhnung mit der partellosen Intelligenz, die Hineinziehung der partellosen Arbeiter und Bauern in das gesellschaftliche und politische Leben des Landes ein Mittel zur Verbreiterung der sozialen Basis der Regierungsgewalt, ein Mittel zur Annäherung der letzteren an alle demokratischen Schichten der Bevölkerung. Im Plane Stalins haben die gleichen Maßnahmen eine ganz andere Bedeutung erlangt: sie müssen jetzt eine solche Umkämpfung der herrschenden Schicht des Landes herbeiführen, daß aus ihren Reihen alle entfernt werden, die vom Geiste der Kritik angesteckt sind, und daß eine neue herrschende Schicht mit einer neuen Psychologie entsteht, die auf den positiven Aufbau gerichtet ist.

Es würde zu weit führen, im Einzelnen darzulegen, wie die vorbereitenden Maßnahmen zur Realisierung dieses Planes durchgeführt wurden. Die größte Aufmerksamkeit wurde natürlich auf die Bearbeitung des Parteiapparates gelenkt, der in vielen Teilen radikal »erneuert« wurde. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß Stalin von vornherein entschlossen war, seine Maßnahmen in dieser Richtung zu Ende zu führen, bis zur Verwirklichung der neuen Verfassung. Wir erwarteten, daß jedenfalls den alten Bolschewisten diese Verfassung immerhin einige Garan-

tien der Rechte des »Menschen und Bürgers« bringen würde. Nach den Plänen Stalins spielte die Verfassung jedoch eine ganz andere Rolle: sie mußte ihm helfen, uns endgültig jeden Einfluß auf die Gestaltung des Schicksals des Landes zu nehmen. Alles andere wurde durch mehr oder weniger zufällige Umstände bestimmt.

Der Einfluß Gorkis war nach dem zweiten Kamenew-Prozeß stark gesunken. Aber sein Stern war keineswegs endgültig erloschen: äußerlich fand eine Aussöhnung zwischen ihm und Stalin statt, und er war bis zu seinem Ableben der einzige, mit dessen Meinung Stalin, wenn auch nur in gewissen Grenzen rechnete. Wäre er am Leben geblieben, so hätte der August-Prozeß möglicherweise dennoch einen anderen Ausgang genommen. Jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß der Tod Gorkis endgültig allen denen die Hände freimachte, die in der nächsten Umgebung Stalins die Beschleunigung der Abrechnung forderten.

#### Die Vorbereitung der Prozesse

Ende Juli (1936) fand in Moskau bei geschlossenen Türen und natürlich unter vollkommenem Ausschluß der Öffentlichkeit ein Prozeß gegen eine kleine Gruppe jungkommunistischer Studenten statt, die der Vorbereitung eines Attentats auf Stalin angeklagt waren. Das waren fast durchwegs grüne Jungens. Getan hatten sie nichts, und über Gespräche gingen sie nicht hinaus. Aber die Gespräche waren ernst, und die Entschlossenheit, bis zu Ende zu gehen, war offenbar vorhanden. Es war einer von jenen Fällen, die bei uns nicht selten sind, denn Explosivstoff ist im Lande genügend vorhanden. Vor Gericht leugnete die Mehrzahl der Angeklagten ihre Pläne nicht ab und bemühte sich nur, einige persönliche Freunde zu retten, die zufällig auf die Anklagebank geraten waren. Der Fall war nicht kompliziert und an dem Charakter des Urteils wurde nicht gezweifelt. Denn nach dem Fall Nikolajew werden alle Gespräche über Terror bei uns nach einem einheitlichen Schema bestraft. Um so mehr staunten die Richter, als der Vertreter der Anklage verlangte, daß der Fall zur Nachuntersuchung weitergeleitet werde.

Später wurde bekannt, daß er diese Forderung auf Anordnung der höchsten Obrigkeit gestellt hatte, und daß diese letztere nach direkten Anweisungen aus dem Sekretariat des Zentralkomitees handelte. Hier war beschlossen worden, diesen relativ unbedeutenden Fall politisch auszuwerten. Die Nachuntersuchung wurde Agranow in die Hand gegeben und dies bestimmte sofort ihren Charakter. Von den angeklagten Studenten wurden Fäden zu ihren Professoren für politische Wissenschaften und Parteigeschichte gezogen. In beliebigen Vorlesungen über die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung kann man mit Leichtigkeit ganze Seiten finden, die die Entwicklung kritischer Stimmungen gegenüber der Regierung fördern und junge, heiße Köpfe zeigen stets die Neigung, ihre Schlußfolgerungen hinsichtlich der Gegenwart durch Hinweise auf Tatsachen zu bekräftigen, die ihnen schon auf der Schulbank offiziell bestätigt worden sind. Agranow brauchte nur die Wahl zu treffen, wen von den genannten Professoren man als »Mitverschworenen« betrachten müsse. Auf diesem Wege wurden die ersten Angeklagten für den »Prozeß der Sechzehn« (im August 1936) gewonnen. Noch leichter war es, von den jugendlichen Angeklagten Fäden zu den alten Bolschewisten aus den Reihen der früheren Oppositionsführer zu ziehen. Ein Teil des Materials war schon früher vorbereitet. Agranow, der nach dem Fall Nikolajews alle Prozesse gegen Oppositionelle leitete, hat einen ansehnlichen Vorrat entsprechender Dokumente angefertigt. Es handelte sich lediglich darum, welch einen Umfang die höchsten Parteinstan-

zen dem neuen Prozeß geben wollten. Die Vorarbeiten wurden streng geheim geführt. Im Politbüro wurde die Frage vorher nicht erörtert. Molotow und Kalinin gingen in Urlaub, ohne zu wissen, welch eine Ueberraschung für sie vorbereitet wurde. Nach dem Fall Nikolajew ist für die Uebergabe angesehenen Parteigenossen an das Revolutionstribunal die vorherige Zustimmung des Politbüros nicht erforderlich, wenn diesen Parteigenossen Handlungen terroristischen Charakters zugeschrieben werden. Von Anbeginn an war Wyschinski in diese Angelegenheit eingeweiht. Die gesamte Leitung lag in den Händen Jeshows.

Der Prozeß war nicht nur für die kleinen Parteifunktionäre, sondern auch für die Mitglieder des Zentralkomitees und mindestens für einen Teil der Mitglieder des Politbüros eine vollkommene Ueberraschung. Stalin hatte seine Zustimmung gegeben und fuhr, als der Prozeß in vollem Gange war, zur Erholung nach dem Kaukasus, damit man nicht eine Sitzung des Politbüros zur Erörterung der Frage über das Schicksal der Verurteilten einberufen konnte. Diese Frage wurde lediglich in den offiziellen Parteinstanzen, im Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees erörtert und dort wagte niemand, die Stimme gegen die Vollstreckung des Todesurteils zu erheben. Ein gewisser Kampf fand nur bei der Frage über die weiteren Prozesse und über den Kreis der Personen, die zu ihnen herangezogen werden sollten, statt. Unter dem Druck einiger Mitglieder des Politbüros wurde eine Erklärung über die Rehabilitierung Bucharins und Rykows veröffentlicht, charakteristischerweise ohne vorherigen Verhör dieser Angeschuldigten selbst. Diese Konzeption wird jetzt von Jeshow bedauert, der unverhohlen davon spricht, daß es ihm schon gelingen würde, sie zu korrigieren. Stalin blieb während seines Urlaubs auf alle einschlägigen Fragen systematisch die Antwort schuldig, aber jetzt hat er offen den Standpunkt eingenommen, daß die »Säuberung bis zu Ende durchgeführt werden müsse. Auch das Argument, wie die öffentliche Meinung Europas auf all diese Dinge reagieren würde, übte auf ihn keine Wirkung aus. Auf alle derartigen Hinweise erwiderte er verächtlich: »Tut nichts, sie werden es schlucken!« Diejenigen, die sich über den Prozeß entrüsten würden, könnten auf die Politik ihrer Länder keinen entscheidenden Einfluß ausüben, und »Artikelchen in den Zeitungen« sind ihm im höchsten Grade gleichgültig.

#### Bis zum Ende!

Ob es zu weiteren Prozessen kommt, ist vorläufig noch unbekannt, aber die Agranow erteilten Instruktionen sind hart und unerbittlich: es soll bis zu Ende gesäubert werden. Jagoda (der frühere Chef des Innenkommissariats) flog von seinem Posten, da er in leichter Form den Versuch machte, die Aufrollung des Prozesses, von dem er nur erfuhr, nachdem fast alles fertig war, zu verhindern: er verlangte, daß die Prozeßfrage auf die Tagesordnung des Politbüros gestellt werde. Agranow erhob gegen ihn die Anschuldigung, daß er die alten Parteifunktionäre decke, und jetzt befindet er sich faktisch unter Hausarrest. Jeshow, der die Leitung des Innenkommissariats übernahm, hat den ganzen leitenden Kopf der alten GPU abgesetzt, von den »alten« hat er lediglich Agranow zurückbehalten. Der neue Apparat des Innenkommissariats in der Hauptstadt und in der Provinz ist mit Leuten aus dem Apparat der Parteisekretariate besetzt: das sind alles jene Leute, die auch schon früher mit Jeshow zusammenarbeiteten und seine Vertrauenspersonen waren. Es gehen Gerüchte, daß eine Anzahl der Verhafteten im Gefängnis gestorben sind: Die Verhöre werden in grausamer Weise durchgeführt und vor den Angeklagten steht die einfache Alternative, entweder alles zu gestehen, was Agranow von ihnen verlangt,

oder zu Grunde zu gehen. Exekutionen haben vorläufig nicht stattgefunden, abgesehen von den Erschießungen der Ausländer, die sämtlich der Verbindung mit der Gestapo, der polnischen Spionageabteilung usw. beschuldigt werden. Aber auf Wunsch werden in die Listen dieser »Ausländer« auch russische Staatsbürger hineingesetzt, es heißt, daß man so mit L. Sosnowski verfahren ist... Von Einwanderern, auch wenn sie die Sowjetstaatsbürgerschaft erworben haben, braucht schon gar nicht geredet zu werden.

Wir alle alten Bolschewisten, die eine mehr oder weniger beachtliche vorrevolutionäre Vergangenheit haben, sitzen jetzt in unseren Höhlen und zittern. Denn es ist ja theoretisch erwiesen, daß wir alle in den heutigen Verhältnissen unerwünschte Elemente sind. Es genügt, daß wir irgend einem, der mit der Untersuchung betraut ist, über den Weg laufen, damit unser Schicksal entschieden wird. Eintreten wird ja doch für uns niemand. Dafür aber wird der Sowjetbürger mit allen möglichen Konzeptionen und Erleichterungen überschüttet. Das geschieht bewußt: geschieht bewußt, damit die Abrechnung mit uns in ihrer Erinnerung untrennbar verbunden sein soll mit der Erinnerung an die von Stalin empfangenen Gnaden.

(Schluß.)

#### Die verkümmerte Textilmesse

Mit den größten Anstrengungen bemühen sich die Nazis, die gewaltig zusammengeschrunppte Leipziger Messe wieder zu einer Weltmesse auszubauen. Die Industrie, und Wirtschaftsverbände ordnen die Zwangsaustellung durch ihre Mitglieder an, damit nicht wie in den ersten Jahren der Naziherrschaft Tausende von Verkaufsständen leer stehen bleiben. Der Erfolg ist dennoch ein höchst unbefriedigender. Unmittelbar vor der diesjährigen Frühjahrmesse konnte man in der »Vereinigten Textil- und Bekleidungszeitschrift« in einem Aufsatz von Hans W. Aust über die Leipziger Textilmesse lesen:

»Es war einmal eine Zeit, da die Stadt Leipzig Mittelpunkt der textilen Welt war. Es war einmal eine Zeit, in der es eine Leipziger Textilmesse gab. Wieso, hört man fragen, die gibt es doch heute noch. Nein, verehrte Freunde, Leipzig, wie es sich heute dem Textilbesucher darbietet, ist nicht das, was man unter einer Messe versteht. Es ist eine Ausstellung, der einige Verkaufsstände angeschlossen sind. Es ist ein verkümmertes Ast an dem Baume des deutschen Textilschaffens. Daran ändert auch nichts, daß seit einiger Zeit der Name der Textil- und Bekleidungsmesse umgeändert wurde. So gut die Absicht ist, die Verwirklichung der Bekleidungsmesse ist vorläufig noch nicht erreicht, wenn auch einige Entschlossene dem Ruf gefolgt sind. Es ist ja noch nicht einmal eine wirkliche Textilmesse in den letzten Jahren zustandegewonnen...«

Das Eingeständnis dieses Fachmannes steht in einem krassen Gegensatz zu der schreienden Reklame, die das Naziregime mit der angeblichen Aufwärtsentwicklung der Leipziger Messe unter seiner Herrschaft macht.

#### „Eignung vorausgesetzt“

Bei der Deutschen Reichspost soll wieder eine Anzahl von Anwärtern für den gehobenen mittleren Postfachdienst eingestellt werden. Die Bewerber, die das 23. Lebensjahr nicht überschritten haben sollen (Ausnahme: gedienter Jahrgang 1914), müssen die Reifeprüfung abgelegt haben und der NSDAP, der HJ, SA, SS oder dem NSKK angehören und dort die weltanschauliche Schulung der NSDAP mit Erfolg durchlaufen haben.

Bevorzugt werden diejenigen Bewerber — sonstige Eignung vorausgesetzt —, die sich vor dem 30. Januar 1933 für die nationalsozialistische Volkserhebung außergewöhnlich betätigt haben, und solche, die ihrer aktiven Dienstpflicht bei der Wehrmacht in Ehren genügt haben. Auf sportliche Durchbildung wird besonderer Wert gelegt.

(Deutsche Zeitungsmeldung.)

# Die innere Politik Leon Blums

## Neue Phase: Sicherung des Erreichten.

Von Dr. Richard Kern.

Ein großes Werk hat die französische Regierung unter der klugen und energiegelassen Führung unseres Genossen Leon Blum vollbracht. Mit einem Schlag sind die sozialen Rückstände beseitigt worden, die, oft niedrigen, Löhne sind um ein Viertel bis ein Drittel gesteigert, der bezahlte Urlaub eingeführt, die Vierzigstundenwoche ohne Lohnabzug beschlossen und in den wichtigsten Industrien bereits verwirklicht worden; der Kollektivarbeitsvertrag ist zur herrschenden Form des Arbeitsverhältnisses geworden und das obligatorische Schiedsverfahren, das bei der politischen Machtverteilung ein wirksames Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften darstellt, ist in Kraft getreten. Zugleich ist die französische Gewerkschaftsbewegung, früher von geringem und schwankendem Einfluß auf die Masse der Arbeiter, zu einer, mindestens zahlenmäßig, der stärksten Gewerkschaftsorganisationen überhaupt geworden, die jetzt geeint die Arbeitermassen umfaßt.

Diese Leistung ist um so bewundernswerter als die soziale Struktur Frankreichs der Arbeiterschaft keineswegs eine so starke Stellung gibt wie in anderen Industrieländern. Frankreich ist auch noch heute zunächst ein Bauernland. Fast genau die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Lande, besteht aus kleinen und mittleren Bauern und der Familienbetrieb herrscht vor. Aber auch in der städtischen Bevölkerung überwiegt der kleine und mittlere Kapitalist, der Handwerker und Kleinhandlender. Das französische Unternehmertum, so hat erst kürzlich der Kriegsminister Daladier, der Präsident der Radikalen Partei, betont, besteht zu einem großen Teil aus kleinen und mittleren Unternehmern, die etwa 57 Prozent der gewerblichen Arbeiterschaft beschäftigen. Es gibt rund zwei Millionen Unternehmer, deren jeder weniger als zehn Arbeiter beschäftigt; in diesen Betrieben stehen aber mehr als fünf Millionen, während die eigentliche Großindustrie nur vier Millionen zählt. Die Großindustrie, und damit die großindustrielle Arbeiterschaft spielen also in Frankreich eine viel kleinere Rolle als etwa in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Andererseits übt das Schwerkriegsgewicht der bäuerlichen Massen stets einen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik jeder französischen Regierung aus; die Bekämpfung der Agrarkrise war deshalb eine entscheidend wichtige Aufgabe für die Regierung Blum, und durch die Einführung einer Art Getreidemonopols ist auch die Hebung der in der Krise völlig unlohndend gewordenen Preise gelungen. Die französische Regierung ist überhaupt, sozial gesehen, ein Bündnis der Arbeiterschaft mit großen Teilen der Bauernschaft und des kleinen und mittleren städtischen Bürgertums einschließlich eines erheblichen Teiles der Intellektuellen aller Art. Es sind Schichten, die seit der französischen Revolution, deren Tradition stets lebendig und bestimmend geblieben ist, in Frankreich politisch progressiv sind und in allen entscheidenden Momenten in der französischen Geschichte im Verein mit der Arbeiterschaft den Ausschlag gegen die Reaktion gegeben haben.

Das soziale Reformprogramm der Regierung Blum erschien aber von Anfang an bedroht durch die finanziellen Schwierigkeiten, die sich seiner Ausführung entgegenstellten. Die neue Regierung hatte eine schwere Erbschaft angetreten. Die Wirtschaftskrise dauerte noch an. Die Regierung Doumergue, Flandin und Laval konnten trotz zum Teil harter Sparmaßnahmen das Gleichgewicht im Budget nicht erreichen; die Defizite wuchsen und die Deckung auf dem normalen Anleiheweg wurden angesichts der beständig zunehmenden Ansprüche des Staates immer schwieriger; die Kurse der Staatsanleihen sanken immer, und auch die Unterbringung kurzfristiger Schulden wurde stets schwieriger; das Mißtrauen in die Finanzen und, dadurch genährt, das Mißtrauen in den französischen Francs nahm zu und eine Welle von Kapitalflucht folgte

bald der anderen. Der Goldschatz der Bank, der Anfang 1936 noch 66 Milliarden Francs betragen hatte, näherte sich immer mehr der Grenze von 50 Milliarden, einem Betrag, den der französische Generalstab als ein Minimum betrachtete, unter das der Goldbestand aus Gründen der Landesverteidigung nicht sinken dürfte.

Der These der Rechtsregierungen hatte die Opposition die Auffassung entgegen gestellt, daß eine Sanierung der Finanzen während der Dauer der Krise sein, sondern sei oder zu mindestens Opfer erfordere, die dem Volke nicht zugemutet werden könnten. Die Herstellung des Budgetgleichgewichtes könnte nicht eine Voraussetzung der Ueberwindung der Krise sein, sondern umgekehrt: der Staat müßte durch große Arbeiten, durch Hebung der Massenkaufkraft, die wirtschaftliche Stagnation überwinden, die brachliegenden Kapitalien in den Wirtschaftskreislauf zurückführen und so eine neue Prosperität einleiten; dann würde die Sanierung der Finanzen leichter zu erreichen sein.

In der ersten Phase hat die Regierung Blum nach diesem Programm gehandelt. Die Ersparnismaßnahmen der früheren Regierungen wurden, soweit sie die ärmeren Schichten trafen, größtenteils beseitigt; die Lohnerhöhungen vermehrten die Kaufkraft der Arbeiter und die Agrarmaßnahmen die der Bauern. Geschah dies auch selbstverständlich zum Teil auf Kosten anderer Schichten — denn eine Vermehrung der Gesamtkaufkraft kann nur durch Steigerung der Gesamtproduktion und nicht durch andere Verteilung des Sozialprodukts erzielt werden — so stieg doch die Nachfrage nach den Gütern des Massenbedarfs und die Kleinhandelsansätze erfuhren eine merkbare Belebung. Zudem hatte besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1936 die Weltwirtschaftsbelebung bereits ihr Tempo erheblich verstärkt und die Rückwirkung auf die französische Industrie begann fühlbar zu werden.

Auf der anderen Seite bedeutete die auf einen Schlag erfolgte allgemeine Lohnerhöhung und die Einführung der Vierzigstundenwoche einen starken Preisauflauf. Das französische Preisniveau hatte sich aber auch während der Krise dem durch die Devaluation des Sterlingblocks und der Vereinigten Staaten veränderten Niveau der Weltmarktpreise noch nicht anzupassen vermocht. Das Mißtrauen gegen den Franc verstärkte sich, die Kapitalflucht setzte sich fort. In dieser Situation entschloß sich die Regierung Blum zur Devaluation. Der Goldgehalt des Francs wurde um ca. 30 Prozent herabgesetzt und der freie Goldverkehr eingestellt.

Die Devaluation hat die Erwartungen nur teilweise erfüllt. Die Regierung wollte, im Gegensatz zu dem Vorgehen Hollands und der Schweiz, auf die Erfassung der Goldgewinne nicht verzichten und die Bank von Frankreich löste Gold nur zum alten Kurse ein. Dadurch wurde die Ablieferung des in hohen Milliardenbeträgen gehorteten und des ins Ausland verbrachten Goldes verhindert. Der Goldzufluß und damit die Stärkung der Währung blieben aus, ja die Spekulation gegen den Franc und die Kapitalflucht dauerte an. Die Devaluation bedeutete stets einen Preisauflauf, über kurz oder lang setzt sich die Anpassung der Warenpreise an den verringerten Goldwert durch. Aber Tempo und Art des Preisanstiegs sind durch die allgemeine ökonomische Situation und durch außerökonomische — politische — Momente mit bestimmt. Die Devaluation des Sterlingblocks erfolgte inmitten der fortschreitenden Krise; die Weltmarktpreise in Gold fielen weiter; England konnte deshalb sein Preisniveau in Sterling lange Zeit mit geringer Aenderung festhalten; die Kosten der Devaluation trugen zu einem großen Teil die anderen Länder, die England zu sinkenden Goldpreisen weiter belieferten. Völlig anders lag die Situation in Frankreich, dessen Außenhandelsbeziehungen nicht entfernt so entscheidend für die eigene und die Weltwirtschaftsgestaltung sind wie die englischen und das zudem in einem Zeitpunkt rasch steigender Weltmarktpreise die Devaluation vollzog. Zudem konnte die französische

Regierung, diese Regierung der Arbeiter, Bauern und des Mittelstandes, im Gegensatz zu anderen Regierungen die Kosten der Devaluation nicht auf diese Schichten abwälzen. Eine erste Folge der Devaluation ist ein Ansteigen der Großhandelspreise. Bleiben dann infolge behördlichen Drucks die Kleinhandelspreise zunächst unverändert, dann sinkt die Zwischenhandelspreise, die Kleinhandlender tragen die Kosten. Steigen aber schließlich die Detailpreise und bleiben die Löhne gleich, so sind die Arbeiter die Leidtragenden. Deshalb ist in Frankreich die politische Preiskämpfung — die selbst in Ländern der Diktatur nur sehr schwer auf lange Zeit durchgeführt werden kann — von vornherein wenig aussichtsreich. In der Tat sind im Verlauf eines Jahres die Großhandelspreise um 36, die Kleinhandelspreise um 23 und die Lebenshaltungskosten um 11 Prozent gestiegen. Auf der anderen Seite sind aber die Preise und Löhne in allen weltwirtschaftlichen wichtigen Ländern in rasch aufsteigender Bewegung. Die Folgen der früheren Devaluationen sind mehr und mehr konsumiert und die frühere Diskrepanz zwischen dem französischen Preisniveau und dem englisch-amerikanischen ist weitgehend ausgeglichen. Die französische Wirtschaft hat auch bereits den Anschluß an die Weltkonjunktur gefunden: die Arbeitslosigkeit ist in starker Abnahme, die industrielle Beschäftigung nimmt zu, die Eisenbahnfrachten übertreffen um rund 10 Prozent die des Vorjahres, kurz, die Wirtschaftskrise ist überwunden.

Aber damit war die Finanznot noch nicht beseitigt, und sie war zu groß, um etwa nach dem ganz anders gearteten amerikanischen Beispiel die Lösung zu vertagen, bis aus der Besserung der Wirtschaft die Besserung der Finanzen sich automatisch ergäbe.

Vincent Auriol hat von Anfang an die französische Finanzlage mit rücksichtsloser Klarheit dargelegt. Sein Budget wies im ordentlichen Etat ein Defizit von 3½ Milliarden Francs aus. Dazu kommen aber die großen außerordentlichen Ausgaben. Ein Hauptteil — etwa 10½ Milliarden Francs — entfällt auf die Rüstungsausgaben, deren Vermehrung durch das Ausmaß der deutschen Aufrüstung und die Besetzung des Rheinlandes bedingt ist; dazu über 6 Milliarden Francs für öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Rechnet man hinzu ca. 6 Milliarden, die das vom Staat zu deckende Defizit der Eisenbahnen ausmachen dürfte, ca. 2½ Milliarden, die der Pensionsfonds für die Kriegsteilnehmer aufnehmen muß, und einige kleinere Posten, so kommt man zu der Anleihe summe von 25 bis 30 Milliarden Francs, die der Staat in diesem Jahre insgesamt benötigt.

Zwei Wege standen zur Deckung offen. Blum hätte nach dem Beispiel der Diktatorländer verfahren und den Notenbankkredit in Anspruch nehmen können; verbunden damit wäre die Einführung der Devisenzwangswirtschaft mit der Kontrolle des Außenhandels und ihren anderen zwangswirtschaftlichen Folgen gewesen. Oder aber es mußte der Weg der Wiederherstellung des Budgetgleichgewichtes, der Einschränkung der Ausgaben der möglichst geringen Inanspruchnahme des Anleihe marktes eingeschlagen werden. Blum hat diesen Weg gewählt, und er hat richtig gehandelt. Denn die Herstellung des Gleichgewichtes ist die unumgängliche Voraussetzung, um die andere Alternative zu vermeiden, die Inflation, die zuletzt ins Verderben führt, wenn es manchmal auch lange dauert. Das Gleichgewicht des Budgets ist die Voraussetzung für gute Finanzen, und gute Finanzen die unerläßliche Voraussetzung für die Unabhängigkeit der Politik.

Das ist der Sinn der »Pause«, die Blum verkündet hat. Eine Pause in der Steigerung der Soziallasten, um das Preisniveau halten und die Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft sichern zu können. Eine »Pause« in der Steigerung der öffentlichen Ausgaben. Die rasche Abnahme der Arbeitslosigkeit — auch in Frankreich macht sich in

vielen Industrien schon Facharbeitermangel bemerkbar — erlaubt zunächst die Einschränkung der öffentlichen Arbeiten und die Einsparung von ungefähr sechs Milliarden. Die Erklärung, daß die Regierung jede Zwangswirtschaft und Devisenkontrolle ablehnt, hat das Mißtrauen in ihre Goldpolitik beseitigt. Die Spekulation gegen den Franc ist im Verschwinden und der Rückfluß der Fluchtgelder hat begonnen, zumal da das Gold jetzt zu seinem vollen Wert eingelöst wird. Der so lange verschlossene Kapitalmarkt ist wieder aufnahmefähig. Die Regierung ist vom Parlament ermächtigt worden, eine Verteidigungsanleihe von 10½ Milliarden Francs aufzuerlegen, wobei die Zahlung von Kapital und Zinsen nicht nur in Francs, sondern auch in Dollar und Pfund garantiert ist. Die erste Tranche von 5 Milliarden ist an einem einzigen Tage überzeichnet worden und die Zeichnung der zweiten von 2½ Milliarden Francs, die am 17. März aufgelegt wird, ist ebenso sicher. Der dann noch übrigbleibende Bedarf kann zweifellos durch kurzfristige Operationen befriedigt werden.

Die Befreiung von der dringenden Finanznot bedeutet auch die Befreiung der Regierung von der akutesten Gefahr, die ihrer Existenz drohte. Denn weder eine neue Devaluation, noch eine Einführung der Zwangswirtschaft hätte das französische Volk ertragen. Sie wären auch in Widerspruch gestanden zu dem Währungsabkommen, das die Regierung Blum mit England und den Vereinigten Staaten geschlossen hat. Umgekehrt stärkt Blums Vorgehen die wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei großen Demokratien, die auch ihre politische Solidarität stärken muß.

Nach einer ersten Phase stürmischer sozialer Eroberungen hat Blum in klarer Erkenntnis des der sozialen Struktur Frankreichs Angemessenen und deshalb allein Möglichen der französischen Arbeiterklasse die Aufgabe der Sicherung des Erreichten gestellt. Das ist die Pause, nach deren Ablauf neue Ziele ins Auge gefaßt werden können. Alles spricht dafür, daß die französischen Arbeiter Blums Führung folgen werden.

## Labour und Hitler

Eine Einladung und eine Anmeldung.

Die Deutsch-Englische Gesellschaft, eine Unterorganisation der Göbbelspropaganda, hat die Labour-Abgeordneten Dr. Salter, Dobbie, Riddle, Hudson und Cleary sowie einige Gewerkschafter zu einer Besuchsreise nach Deutschland eingeladen. Einige der Eingeladenen haben sofort abgelehnt, andere haben die Annahme an Bedingungen geknüpft, wie, daß sie Ossietzky besuchen dürfen oder daß ihnen der Besuch aller Konzentrationslager und die Unterhaltung mit den Gefangenen ohne Anwesenheit von Amtspersonen gestattet werde.

Auf der anderen Seite hat der greise ehemalige Führer der englischen Arbeiterpartei Lansbury die Absicht geäußert, sich zu Ostern zu Hitler zu begeben, um ihn für die Abrüstung zu gewinnen. Lansbury ist ein Mann von tief christlicher Gesinnung; er glaubt, daß in der Seele eines jeden Menschen das Gute schlummert und nur geweckt werden muß. Wenn der Besuch zustande kommen sollte, so wird wohl niemand, außer dem Besucher selbst ihm eine politische Bedeutung beimessen.

## Er ist zufrieden

»Der deutsche Arbeiter will keine Sozialpolitik, die bloß die Schäden des Kapitalismus beseitigt, sondern er will, daß der Kapitalismus selbst ausgerottet werde. Das Wichtigste aber, die Befreiung der Arbeit aus der Herrschaft des Kapitals, ist ja bereits geschehen und diese Tat ist tausendmal wichtiger als das persönliche Verhalten des Betriebsführers zu seinen Mitarbeitern.«

(Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, in der Universität München, »Münchner Neust. Nachr.« Nr. 37)

# Wie Labour regieren will

## Ein Kampf- und Regierungsprogramm

Der Jahreskongress der englischen Arbeiterpartei, der im Oktober 1936 in Edinburg tagte, übertrug dem Exekutivkomitee der Partei die Ausarbeitung eines »Programms des Sozialismus und die sozialen Reformen«, das für den Fall eines Sieges bei den nächsten Wahlen als das Arbeitsprogramm der Regierung für die neue Legislaturperiode dienen soll. Das neue Programm, das vor einigen Tagen veröffentlicht wurde, dient also einem doppelten Zwecke: es soll bei den Wahlen werbend wirken, und es soll dann der neuen Regierung als Richtschnur für ihre Arbeit dienen.

Der — nicht immer tadelnswerte — Zug der Engländer zum Konservatismus zeigt sich auch darin, daß man immer noch ruhig von einem »Programm« spricht, und nicht, wie auf dem Kontinent, von einem »Plan«. Man hätte ebensogut den zweiten Ausdruck wählen können, zumal das neue Programm ein entscheidendes Merkmal des »Planes« an sich trägt, nämlich die Zusammendrängung bestimmter Aufgaben auf einen bestimmten Zeitraum. Nichtsdestoweniger haben die Engländer darauf verzichtet, die kontinentale Mode des politischen Sprachgebrauchs mitzumachen. Sie sprechen von einem »immediate programme« einem »sofortprogramm« der Arbeit.

### Sozialismus, Frieden, Demokratie

Das Programm beginnt mit einer prinzipiellen Erklärung, deren erste Sätze lauten: Das Ziel der Arbeiterpartei ist die Sozialistische Gesellschaft.

Die Partei ist entschlossen, alle Hilfsquellen des Landes auszunutzen, um einen wirklichen Wohlstand zu schaffen, an dem alle teilhaben sollen.

Die Wissenschaft hat die Mittel zur Erreichung dieses Ziels in unsere Hand gegeben, vorausgesetzt, daß Finanzen und Handel, Industrie und Landwirtschaft unter Führung der Regierung nach einem nationalen Plan in Uebereinstimmung miteinander gebracht werden.

Das Programm bekennt sich weiter zum Frieden und zu dem Willen, mit anderen Völkern zur Förderung des gemeinsamen Wohls zusammenzuarbeiten. Es behandelt dann in ein paar knappen Sätzen das Problem »Diktatur — Demokratie«:

Die Arbeiterpartei steht fest zur Demokratie. Sie ist die unverwundliche Gegnerin jedweder Diktatur, sei es einer Einzelperson oder einer Gruppe. Allen Angriffen auf die britische Freiheit, mögen sie von innen oder von außen kommen, wird sie den entschiedensten Widerstand leisten.

Die Arbeiterregierung wird beweisen, daß das demokratische System unter Wahrung der Freiheit und Respektierung der Minderheitsrechte rasch und wirksam zu arbeiten imstande ist.

Die Obstruktion von Interessensvertretungen und sonstigen in der Verfassung nicht vorgesehenen Körperschaften werde man sich nicht gefallen lassen. Auf der anderen Seite wolle man aber auch ungerechte Härten vermeiden. Enteignet werden soll nur im öffentlichen Interesse gegen einen angemessenen Preis.

### Die einzelnen Maßnahmen

Als erstes wird die Verstaatlichung der Bank von England gefordert. Sie soll, wie das schon bei den Zentralbanken der meisten anderen Länder der Fall ist, ein öffentliches Institut werden, das nach allgemeinen Anweisungen der Regierung von Fachmännern geleitet wird. Daneben soll ein nationales Anleihamt sich mit den speziellen Aufgaben der Kapitallenkung beschäftigen und die nötigen Summen für Wohnungsbau, Elektrifizierung, Verkehr und Verfüllung der Kohle beschaffen. Ohne Rückkehr zum Goldstandard soll eine möglichst große Stabilität der Wirtschaft und des Beschäftigungsgrades erreicht werden.

Das Land soll dem Volke gehören, sein Gebrauch zum Nutzen der Allgemeinheit soll vom Staat kontrolliert werden. Ein Gesetz soll die Behörden ermächtigen, rasch und zu vernünftigen Preisen den Grund zu erwerben, den sie für Häuser, Schulen, Spielplätze, Parks usw. brauchen.

Im Verkehrswesen soll überflüssige Konkurrenz ausgeschaltet, die Eisenbahnen und sonstigen dazu geeigneten Verkehrseinrichtungen sollen verstaatlicht werden.

Die in England noch unglaubliche zersplitterte Kohlenindustrie, einschließlich des Kohlenhandels, soll von der öffentlichen Hand übernommen und zusammengefaßt werden, so daß die gesamte Lieferung von Wärme, Licht und Kraft in rationaler Weise zentralisiert wird.

Auf dem Gebiet der Ernährung wird in Aussicht gestellt: »Eine Arbeiterregierung wird die inländische Produktion so organisieren und die Einfuhr so kontrollieren, daß den heimischen Erzeugern ein angemessener Preis und allen eine ausreichende und gute Ernährung gesichert wird.« Wie das richtige Gleichgewicht zwischen Erzeuger- und Verbraucherschutz hergestellt werden soll, wird nicht näher ausgeführt, sondern der Praxis überlassen. Auf alle Fälle soll die Handelsspanne verringert werden. Für Kinder und nährnde Mütter sind besondere Einrichtungen vorgesehen.

Die Arbeiterregierung wird mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, um die Löhne zu erhöhen; sie will durch das Internationale Arbeitsamt auf eine Besserung der Arbeitsverhältnisse in der ganzen Welt hinwirken. Für öffentliche Feiertage und jährliche Urlaubszeit soll der Lohn weiter gezahlt werden. Für die Regelung der Arbeitszeit soll die Vierzigstundenwoche Richtschnur sein.

Kräftige Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sollen ergriffen werden. Die Schulpflicht wird bis auf das 15. und sobald wie möglich grundsätzlich auf das 19. Lebensjahr ausgedehnt. Durch bessere Pensionen für Alte und Invalide wird der Arbeitsmarkt weiter entlastet. Die Bedürftigkeitsprüfung bei Gewährung der Arbeitslosenunterstützung wird abgeschafft. Den Notstandsgebieten soll ein besonderes Augenmerk zugewendet werden.

### Außenpolitische Landesverteidigung

Zum Schluß faßt das Programm die Aufgaben auf außenpolitischem und militärischem Gebiet zusammen:

Eine Arbeiterregierung wird alle Anstrengungen machen, um die ökonomischen Ursachen der internationalen Rivalität zu beseitigen... Sie wird die Führung übernehmen bei dem Bestreben, den Völkerbund als ein Instrument der internationalen Zusammenarbeit und der kollektiven Sicherheit wieder herzustellen und zu stärken. Sie wird alles tun, um den gegenwärtigen verderblichen Rüstungswettrennen Einhalt zu gebieten, durch internationale Abkommen die Abrüstung herbeizuführen, die nationalen Luftstreitkräfte durch eine internationale Luftpolizei zu ersetzen und den zivilen Flugdienst zu einer internationalen Einrichtung umzugestalten.

Eine Arbeiterregierung wird ohne Schwanken diejenige bewaffnete Macht aufrechterhalten, die notwendig ist, um das Land zu verteidigen und seine Pflichten als Mitglied der britischen Commonwealth sowie des Völkerbundes zu erfüllen.

Bei der Wehrmacht soll allen nach ihren Fähigkeiten ohne Rücksicht auf soziale Herkunft der Weg nach oben offen stehen, und die Rüstungsfabriken sollen verstaatlicht werden.

Für den deutschen Beurteiler gliedert sich dieses Programm in drei Teile. Ein Teil seiner Forderungen, wie die Verstaatlichung der Bahnen, war in Deutschland schon vor dem Kriege erfüllt. Ein anderer Teil, wie die Bestimmungen über den Boden, die Sozialversicherung usw. hat durch die Verfassung von Weimar und die Sozialgesetzgebung der Republik seine Erfüllung gefunden. Für den dritten Teil — Bankverstaatlichung, Kapitallenkung — standen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften im Kampf bis zu dem Augenblick, in dem Hitlers Staatsstreich sie entwaffnete.

Im ganzen kann man sagen, daß die deutsche Arbeiterbewegung in einem sozialpolitisch weiter fortgeschrittenen Lande um dieselben Ziele gekämpft hat wie die englische. Dafür hat England den ungeheuren Vorteil, in der Erziehung zu einer freiheit-

lichen und demokratischen Gewinnung Deutschland um ein Jahrhundert voraus zu sein.

Trotzdem bleibt auch der englischen Arbeiterpartei die Sorge vor der drohenden Macht der Diktatoren nicht erspart.

Die vorsichtigen und allgemeinen Formulierungen, mit denen die Agrarfrage und die Militärfrage behandelt werden, zeugen von dem Ringen mit einer Problematik, die auch uns nicht unbekannt ist. Es ist, im Gegensatz zu früheren programmatischen Erklärungen, die in ihren Sozialisierungswünschen viel weiter gingen, ein sehr wohl abgewogenes, maßvolles Reformprogramm. F. St.

### Der totale Rüstungsklave

Görings Vierjahresplan — das Statut der neudeutschen Industrie-Leibgenossenschaft.

Durch im ganzen gleich sechs »Anordnungen zur Durchführung des Vierjahresplans« wurde bekanntlich schon zu Ende des vergangenen Jahres die Freizügigkeit der Arbeiter im Baugewerbe in der Ziegelindustrie, der Eisen- und Metallwirtschaft und in der Landwirtschaft so gut wie abgeschafft. »Im Falle unberechtigter Lösung des Arbeitsverhältnisses« darf der Unternehmer das von Ley eingeführte sogenannte »Arbeitsbuch« zurückbehalten, und zwar so lange, als die »rechtmäßige« Dauer des Arbeitsverhältnisses sonst gedauert hätte. Ohne Arbeitsbuch bekommt aber niemand mehr im Dritten Reich Arbeit. Was »berechtig« oder »unberechtig« ist, bestimmt keine objektive Gerichtsinstanz, sondern der Unternehmer oder aber der »Treuhanders«, also der Staat als Ueber-Unternehmer...

Bei den Metallarbeitern wurden diese Industrieerbüchereibestimmungen bisher so gehandhabt, daß die Kumpels mindestens nicht mehr aus einem Arbeitsamtsbezirk in den anderen — etwa um ihre Löhne zu verbessern — abwandern durften. Daraus hatten die Unternehmer, wie jetzt auch die gleichgeschaltete Presse, wie zum Beispiel die »Soziale Praxis«, zugibt, just das gleiche Lohnrückgeschäft allgemein gemacht, wie es schon zur Zeit des Weltkrieges auf Grund ähnlicher Bestimmungen des berichtigten »Hilfsdienstgesetzes« fromm und vaterländisch bestanden hatte; nämlich durch die sogenannten »Abkehrscheine«, die sie selbst ausgaben, zwangen sie die nun bezirksweise bereits gefesselten Arbeiter auch an dieselbe Arbeitsstelle am Ort selbst, damit den noch verbliebenen kleinen Rest einer Möglichkeit der Verbesserung unerträglicher Lohnverhältnisse versperrend. Jetzt war nun, insbesondere nach Görings sechs »Anordnungen« dieses Abkehrscheinsystem und -Geschäft wieder die ganz große Mode im Dritten Reich geworden.

Eine siebente »Anordnung« Görings, die in diesen Tagen erging, verfügt nun, daß auch innerhalb des einzelnen Arbeitsamtsbezirktes die Metallarbeiter ihre Arbeitsplätze nicht mehr

### Tugendspiegel

Neudeutschland — du sauberstes Ländchen der Welt!

Der Bürger lebt ständig im Scheinwerferstrahl

der hohen Moral-Ueberwachungszentrale, die selbst den privatessten Winkel erhellt und jedem durch drohende Warnungssignale den Pfad in die Hölle vergällt und verstellt.

Am Weg liegen Schlingen — bald hier und bald dort.

Wer wagt es, ein blondhaarig Mädchen zu heben,

das ihm nicht vom Staate zwecks Zuchtwahl verschrieben,

wer pflanzt sich noch ohne Erlaubnischein fort,

wer wagt es, ein achtel Pfund Schmalz zu verschieben,

wer wagt ein nicht vorher genehmigtes Wort?

Der Deutsche ist längst gegen Sünden immun.

Nur freilich — die kleinen und kleinsten

Vergehen,

die kann auch der sauberste Staat übersehen. Politische Morde und Totschlag — je nun, so Säbelchen können halt täglich geschehen, kaum lohnt es, dergleichen Erwähnung zu tun.

Denn seht — was von oben her kommt, ist schon recht,

auch Amtsunterschlagung — wer will sie vermeiden? —

Bereicherung, Bruch von Verträgen und Eiden

nebst Pöschchenverschöbung sind schlimmer nicht noch schlecht.

Nur Unmoral werden die Führer nicht leiden —

Brecht Kassen und Eide, brecht Ehre und Recht,

Doch wehe euch, wenn ihr die Ehe brecht!

Hugin

### Einst und heute

#### Das Symptom Rumpelstilzchen.

Bei der Hitlerjugend wird ein gewisser Wilhelm Kohlhaas als Kriegsdichter herumgereicht. In Dichterabenden best er aus seinem Nachkriegsroman, der laut Nazipresse so aussieht:

»Das Buch handelt von den seelischen Konflikten und Erschütterungen, in die deutsche Männer gerieten, als sie, — die vier Jahre lang blutig die Heimat verteidigt hatten, beim Nachhausekommen sich in den Dienst einer Regierung stellen mußten, die sie im Innersten scharf ablehnten, der sie aber doch helfen, Ordnung zu schaffen, weil sie das Land vor dem völligen Untergang in Bolschewismus bewahren wollten.«

Wir quittieren gern, was hier endlich zugegeben wird: daß nämlich die sozialdemokratischen Volksbeauftragten das Land »vor dem völligen Untergang im Bolschewismus« bewahrten. Damit wird in einem Naziblatt zur Verleumdung gestempelt, was die Nazipresse mitsamt ihren Führern bisher über das »Novemberverbrechen« zusammen gelogen haben und weiter lügen werden. Wieso aber mußte der merkwürdige »geradlinige Frontoffizier«, der mit den »roten Macht-

habern« die Republik vorm Untergang rettet und gleichzeitig »gegen Feinheit und Falschheit der roten Machthaber ankämpfte« — wieso mußte er sich in den Dienst dieser Leute stellen? Hier wird der moralische Knacks eines ganzen Lagers sichtbar: sie stellten sich alle den »Novemberverbrechern« zur Verfügung, sie stellten sich alle auf den Boden der neuen Tatsachen, sie alle, die bei späteren Winddrehungen wieder auf die rechte Seite, ins völkische Lager geweht wurden; sie alle waren bereit, den Novemberverbrechern ihr Ehrenwort zu verpfänden, um in Amt und Würden und Posten zu gelangen.

Es erscheint uns darum recht gedächtnisschwach, wenn sich die Nazipresse heute über die betütelte Befassenhalt Gleichschalttriger mokiert, wie neuerdings über Rumpelstilzchens neues Buch. Er ist nämlich wieder da, der alte völkische Plauderer und Verleumder von ehemals, der die Nazis mit großem Stolz und nach dem 5. März über seinen Monarchismus stolperte. Mit böhnischen Glossen behandelte die Nazipresse vor einem reichlichen Jahr sein Buch »Ende gut« als Grabesang. Nun hat er ein neues Plauderchen herausgebracht, mit dem er vorgibt, »in der Reihe derer von heute zu marschieren...« Er erzählt darin aufdringlich, wie herablassend er auch früher schon Arbeitern die Hand gegeben, und er dokumentiert damit so naiv, was seines Erachtens im Dritten Reich unter Sozialismus zu verstehen ist, daß selbst die »Münchener Neuesten Nachrichten«, die von früher ein Herz für den schwarzweißroten Schleimer übrig haben, die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen:

»Rumpelstilzchen will wissen lassen, daß

auch er »Sozialist«, »Nationalsozialist« geworden ist. Er tut dies auf seine Art. Er klopft dem braven Arbeitsmann auf die Schulter, zeigt allerorts, wie sozial er im Umgang mit dem »Personal« sein kann und überhaupt mit den »unteren Ständen«. Wir haben gewiß mancherlei Arten der Gleichschaltung erlebt, die mehr beiter als ernst stimmten. Hier aber, bei diesem Nachzügler, hört doch der Spaß auf. Er verdient, nicht zuletzt als Symptom, festgehalten zu werden.«

Uns will vielmehr bedünken, daß Rumpelstilzchen den braunen »Sozialismus« richtiger charakterisiert, als das Eher-Blatt zugeben darf. Und was die Gleichschaltung anbelangt, so braucht sich Stilzchen vor den Koryphäen des braunen Lagers mitnichten zu schämen. Die meisten von ihnen waren bereit, den Novemberverbrechern aus der Hand zu fressen, sofern die »roten Machthaber« ihrer Dienste bedurften. An manchen Tagen konnten wir im A- und S-Rat den Andrang dieser Umlerner kaum bändigen.

Wie das Buch des Kriegsdichters Kohlhaas zeigt, werden diese schon damals gleichschaltigen Patrioten heute der braunen Jugend als Helden dargereicht. »Es war ja nicht so gemeint, man tat mit, um Schlimmeres zu verhüten...« Tausende heute brauner Würdenträger und Flaggeneschwenker atmen auf, endlich werden ihre verschiedenen Gleichschaltungen romantisch überpinselt. Warum soll aber dann der Spaß ausgerechnet beim Rumpelstilzchen aufhören? So eifrig wie Göbbels hat Stilzchen wohl nie bei jüdischen, »halbmarxistischen« Verlegern antichambriert und dringliche Offerten eingereicht. B. Br.

# Stoßtrupps gegen Arbeiter

## Werkprofite und Werkscharen

aufgeben dürfen. Damit erfüllt freilich für die Unternehmer der Antrieb, die Situation noch durch »Abkehrschneise« besonders auszunutzen. Was ihr Ideal ist, nämlich den zu jeder kleinsten Selbsthilferegung unfähig gemachten Arbeiter, haben sie ja jetzt. Die Metallarbeiter dürfen nach dieser siebenten »Notverordnung« nur noch dann sich im Bezirk eine andere Arbeitsstelle suchen, wenn das Arbeitsamt ihnen das in jedem einzelnen Falle durch Extraausstellung eines förmlichen »Erlaubnisscheins« gestattet. Weil aber die Unternehmer nunmehr ihre »Abkehrschneise« nicht mehr nötig haben, jubelt die braune Presse wieder einmal von einer »Errungenschaft des deutschen Sozialismus«, die so herrlich dem Geist der neuen Zeit offenbare... Für so dumm halten die braunen Bonzen nicht nur die Arbeiter selbst, sondern auch das unbeteiligte Publikum, das solche erbauliche Dinge in der deutschen »Wirtschaft« durch die Zeitung beim Morgenkaffee erfährt!

Worauf es dem System ankam, diese Neuordnung zu erlassen, die den bisherigen Zustand der Industriebörigkeit total macht, geht aus der weiteren Bestimmung der Verordnung hervor, daß nunmehr nicht nur alle gelernten oder angelernten Arbeiter in der Metallindustrie, sondern auch alle Meister, Zeichner, Techniker, Ingenieure den rigorosen Bestimmungen über die gänzliche Aufhebung ihrer Freizügigkeit unterliegen.

### Neues Volksgut

»Immer, wenn die Geschichte in großen, führenden Persönlichkeiten Schicksal und Sendung der Völker wandelt oder erfüllt, schreibt die DAZ, »bildete sich im Lichtkreis glänzender Ereignisse und gewaltigen Geschehens neues, Jahrhunderte und Jahrtausende überdauerndes Volksgut, das in Märchen und Sage, in Legende und Anekdote, in Liedern und epischen Gesängen seinen gehaltvollsten künstlerischen Niederschlag gefunden hat.« So auch in Spanien. Und nun bringt sie Proben neuer Volklied-Schöpfungen des faschistischen Spaniens. Wir geben ein Probchen wieder:

Zieh' mir die Baatschube an,  
setz' die Boina mir auf  
und reich' mir das Gewehr!  
Damit ich Rote töten kann  
mehr, als Blüten regnen  
im April und Mai.

Bürgerkriege haben zu allen Zeiten und auf allen Seiten blutrünstige Lieder hervor gebracht, aber faschistische Mordpoesie als Volklied-Schöpfungen und neues Volksgut zu verherrlichen — das blieb bisher der Hitlerpresse vorbehalten. Jetzt ist auch die DAZ, einst eine Fackel anständig-konservativer Geistigkeit, auf dieser Stufe der Ver lumpung angelangt. Wann endlich werden sie singen: »Komm schwarzer Bruder Morro und schlauche weiße Frauen...«

### Urlaubs-Zwangsreisen

In einem Aufruf für »Kraft durch Freude« schreibt Dr. Ley:

»Wenn wir darum kämpfen, daß der deutsche Arbeiter einen ausreichenden Ur-

Im Jahre 1928 wurden von der Körperschaftsteuer, der Einkommensteuer für Kapitalgesellschaften, 40.000 Steuerpflichtige mit einem Gesamteinkommen von 2,6 Milliarden Mark erfaßt und von ihnen rund eine halbe Milliarde aufgebracht. Der Satz der Körperschaftsteuer betrug also 20 Prozent. Für das laufende, am 31. März zu Ende gehende Finanzjahr wird der Ertrag der Körperschaftsteuer auf 1,3 Milliarden Mark geschätzt. Man erwartet also für das vierte Steuerjahr des Dritten Reiches einen Ertrag in Höhe von nicht weniger als der Hälfte des 1928 zur Körperschaftsteuer herangezogenen Gesamteinkommens. In der zweiten Hälfte des letzten Steuerjahres war der Steuersatz von 20 auf 30 Prozent erhöht worden, auf diese Erhöhung entfallen von dem erwarteten Ertrag der Steuer etwa 300 Millionen Mark. Bei dem alten Satz würde also der Ertrag von 1936/37 statt 1,3 Milliarden nur 1 Milliarde betragen, demnach das Einkommen der Steuerpflichtigen, das sind überwiegend die großen und größten Unternehmungen von Industrie, Handel und Banken, rund 5 Milliarden Mark. Das Großunternehmertum hätte darnach seinen Gewinn verglichen mit 1928, verdoppeln können.

Ein gewisser Anteil am Zuwachs des versteuerten Einkommens mag auf die inzwischen verschärften Erfassungsmethoden der Finanzämter entfallen. Wenn man annimmt, daß die Differenz zwischen den vor den Finanzämtern verheimlichten Gewinnen jetzt und damals 10 Prozent beträgt, bliebe noch immer eine Steigerung des großkapitalistischen Einkommens von 2,9 auf 5 Milliarden, also um nicht weniger als 70 Prozent. Wie ist diese ungeheure Profitzunahme zu erklären? Nur zu einem sehr geringen Teil durch Zunahme der Produktion, denn nach der amtlichen Schätzung war die industrielle Produktion im Dezember 1936 nur um 16 Prozent höher als im Dezember 1928. Bei einer Gewinnzunahme um drei Viertel betrug die Produktionszunahme nur ein Sechstel. Die Produktionssteigerung bleibt also sehr weit hinter der Profitsteigerung zurück, der Gewinn je Wareneinheit ist noch weit stärker gestie-

laub erhält, so hat er nicht nur ein Recht auf die von uns geschaffenen Erholungsreisen, sondern auch die Pflicht zur Teilnahme.«

Denn erstens rentiert sich das Geschäft besser, wenn die Abonnentenziffer möglichst groß ist und zweitens kommt ein Untertan, der auch während der Ferien streng überwacht wird, auf keine dummen Gedanken. In Wahrheit nehmen zur Zeit an den »Kraft durch Freude«-Fahrten in der Hauptsache Kleinbürger und Angestellte teil, weil die Arbeiter das Reisegeld, so gering es sein mag, einfach nicht aufbringen können. Wie Ley das ändern will, weiß er wohl selbst noch nicht.

gen als die Gewinnsumme. Man wäre versucht, die Quelle dieser guten Profite in den guten Preisen zu suchen, mit denen das Dritte Reich eine Staatskonjunktur speist. Nach der amtlichen Statistik ist aber das Preisniveau wohl erheblich höher als vor Hitlers Machtantritt, aber auch jetzt noch niedriger als 1928. Der Index der Großhandelspreise, auf die es hier wesentlich ankommt, stand 1928 auf 135, im Januar dieses Jahres auf 105. Wenn diese Ziffern einigermaßen der Wirklichkeit nahe kämen, würde noch mehr als das Geldeinkommen des Großkapitals seine Kaufkraft zugenommen haben. Aber selbst wenn man annimmt, daß die amtliche Statistik die Teuerung im Dritten Reich unterschätzt, — wesentlich höher als das Preisniveau von 1928 dürfte das heutige kaum sein. Die Ueberpreise, deren sich zweifellos die Großindustrie erfreuen darf, seit es eine Staatskonjunktur gibt, können wohl die Gewinnsteigerung seit der »nationalen Revolution« aber nicht seit 1928 erklären. Es gibt dafür keine andere zureichende Erklärung als die verschärfte Ausbeutung.

Die Jahresbilanzen der Großbanken zeigen einen stetigen Rückgang in der Beanspruchung von Krediten durch Industrie und Handel, der in einem auffallenden Widerspruch zur Zunahme der Neuanlagen, besonders der zur Erfüllung des Vierjahresplanes in Angriff genommenen steht. Die Großindustrie kann es sich leisten, Bankkredite zurückzahlen und auf die Aufnahme neuer Bankkredite zu verzichten, weil sie imstande ist, ihre Neuanlagen selbst aus den laufenden Ueberschüssen zu finanzieren und fremde Finanzhilfe zu entbehren. Der nationalsozialistische Staat hat es fertiggebracht, den Anteil der Löhne an den Produktionskosten dermaßen herabzudrücken, daß die Großindustrie die Ausgaben für Abschreibungen und für Verzinsung und Tilgung des Fremdkapitals ersparen kann, weil ihr das Dritte Reich dazu verholfen hat, sie auf ihre Belegschaften abzuwälzen. Der Vierjahresplan ist also für die Großindustrie gewissermaßen kostenlos, es ist die Masse der Arbeiter und Angestellten, die die Bezahlung der wirtschaftlichen Mobilmachung aufbringen muß. Daß Hitler die Selbsthilfoorganisationen der Arbeiter vernichtet hat, hat sich also für die Großindustrie rentiert.

### Die Stoßtrupps gegen die Arbeiter

In der Tat würde die wirtschaftliche Mobilmachung empfindlich gestört, wenn des Führers Verbot von Lohnerhöhungen auf Widerstand stieß. Der Mangel an Facharbeitern hat aber mit dem Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit auch ihr Selbstgefühl und das Gefühl der Zusammengehörigkeit erstarren lassen. Das Diktaturregime kann aber nur nach dem Grundsatz: teile, um zu herrschen, regieren. Deshalb wird eine Spitzel-

und Antreibergarde aus den Reihen der Arbeiter selbst organisiert, die die Bestimmung hat, die Keime der wiedererwachten Betriebsolidarität auszurotten. Diese Organisation sind die Werkscharen. Dr. Ley hat in diesen Tagen neue Richtlinien über ihren Aufbau erlassen und sich selbst zugleich zum Reichswerkscharenführer ernannt. Er hat angeordnet, »daß in der Reichsorganisationsleitung im Hauptamt NSBO eine Hauptstelle Werkscharen gebildet werden soll, um die Werkscharen als Kampftruppe der Deutschen Arbeitsfront zu unterstützen.«

Nach dem Bericht des »Angriff« wird im Zentralbüro der DAF ein Oberstwerkscharenführer amtieren, in dessen Amt besondere Abteilungen für die Verbindung zum Reichsarbeitsdienst und zu den Reichsbetriebsgemeinschaften eingerichtet werden sollen. Die Gauobmänner der DAF werden zugleich als Gauwerkscharenführer fungieren. In den Kreiswaltungen leiten Werkscharenbannführer und in den Ortswaltungen Hauptwerkscharenführer. Es gibt außerdem noch Werkscharenstammführer, wozu verdiente Amtsträger der DAF ernannt werden können. Die Zugehörigkeit ist freiwillig, aber nicht jeder kann Werkscharenmann werden. Für die Aufgaben der Werkscharen ist nur eine ausgesiebte Mannschaft zu verwenden, die über die »politischen, rassischen und gesundheitlichen Voraussetzungen« verfügen muß. Diese auserlesene Schar soll nicht mehr als 8 bis 10 Prozent der männlichen Gefolgschaft eines Betriebes umfassen. Und auch diese Kerntruppe gruppiert sich noch um eine Stammmannschaft, bestehend aus der alten NSBO, den Wartern, Warten und Werkscharenmännern zwischen dem 30. und 45. Lebensjahr.

Angehörige der Werkscharen, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben und noch nicht 30 Jahre alt sind, werden zu Stoßtrupps zusammengefaßt. Für diesen besonders strammen Dienst sind also Leute ausersehen, die durch die Schule von NSDAP und Reichswehr gegangen und jung genug sind, um von Traditionen der Arbeiterbewegung unbelastet zu sein. Der Jungmannschaft sollen alle Männer angehören, die über 18 Jahre alt sind und noch keinen Militärdienst abgeleistet haben. Es handelt sich also um eine streng militärisch aufgezogene Truppe mit Armeekorps, Regimentern und Kompanien, mit einem Generalstab, Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften und Kadern zur besonderen Verwendung. Weder die Treuhänder noch die Veranstaltung billiger Reisen und anderer wohlfeiler Vergnügungen haben sich demnach zur Sicherung der Volksgemeinschaft als ausreichend erwiesen. Die Werkscharen sollen offenbar nicht nur die reibungslose Durchführung der wirtschaftlichen Mobilmachungen gewährleisten, sondern im Falle der Fälle auch die Produktion der nötigen Kriegsbegeisterung besorgen. G. A. F.

### Moppi zieht in den Krieg

Mobilmachung der Hunde in Hitler-Deutschland.

»Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 5. Februar 1937 mit Zustimmung des Herrn Reichskriegsministers und des Herrn Preussischen Ministers des Innern angeordnet, daß der Reichsverband für das Deutsche Hundewesen e. V. Sitz München mit allen seinen Gliederungen dem Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter e. V. Sitz Berlin mit eigener Rechtspersönlichkeit und finanzieller Selbstständigkeit anzuschließen sei.

Berlin, 2. März.

Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter. Der Präsident: gez. Karl Vetter, M. d. R. Reichsverb. für das Deutsche Hundewesen. Der Verbandsführer: gez. Hans Glöckner.«

Der weltbewegende Vorgang wird jetzt unter den »ämtlichen Bekanntmachungen« der deutschen Fachliteratur für Hundeliebhaber registriert. Das eine ist ihm ganz sicherlich zu entnehmen: welch ein viel beanspruchter Mann zur Zeit der Herr Generalfeldmarschall von Gefreitens Gnade, der Herr Reichskriegsminister von Blomberg ist, dem der »Akt« zur dienstlichen Entscheidung mit anheimgegeben war! Worauf also nun Moppi ebenfalls »reingewaschen« und im nächsten Zustand der allgemeinen Wehr- und Kontrollpflicht unterliegt...

Aber Spaß beiseite! Hier gibt es außerdem noch gewisse Dinge, die weniger belustigend sind! Die sogenannten »Kleintierzüchter«

erfreut sich zur Zeit der besonderen Aufmerksamkeit und Pflege der Behörden und Parteilisten innerhalb der kriegswirtschaftlichen Gesamtmobilmachung Hitlerdeutschlands. Sie soll ein Mittel jener »Nahrungsfreiheit« abgeben, ohne die, wie man weiß, jeder begonnene Krieg schon vor dem ersten Kanonenschuß für Deutschland verloren ist. Kaninchenfleisch wird eben den Schweinebraten der nächsten »großen Zeit« abgeben. Wenigstens wird von der Propaganda des Systems selbst so die »Wehr«-Aufgabe der Kleintierzucht ausgelegt und aufgegeben. Da hätte also Moppi — nunmehr als Klient des Reichsverbandes Deutscher Kleintierzüchter — unter wohlwollender Assistenz der Generalität jetzt schon einige Chancen dicht hinter dem Kriegskarnickel...

### Politisches Kabarett

Am Komischsten sind die braunen Schwadroniere immer dort, wo sie sich selber aufs Maul schlagen müssen. Reichspressechef Dr. Otto Dietrich veröffentlicht in der Nazipresse eine Artikelserie, in der er gern dazun möchte, daß »die Politik das Primäre sei, der sich die Wirtschaft unterzuordnen habe.« Die Politik ist das Schicksal; sie steht über der Wirtschaft... Alles andere sei jüdische, internationale Händlergesinnung, die wir Nazis beseitigt haben:

»Der Gemeinschaftsgedanke des Nationalsozialismus hat zum ersten Male in der Geschichte die Harmonie der wirtschaftlichen Interessen auf einer neuen Ebene menschlichen Zusammenlebens verwirklicht!«

Es gibt keine Lohnforderungen, es gibt

keine Kruppschen Uebergewinne mehr, es gibt nur noch Harmonie. Das ist, was man im Jüdischen Chuzpze nennt. Auf dieser Höhe — des Negers Hobste Beschäftigung sind Jagd und Krieg — auf dieser Höhe gehts weiter:

»So weit wir auch zurückblicken in der Geschichte: germanischem Erfindergenius, der der Natur ihre Geheimnisse entrang und mit der Fackel seines Geistes der Wirtschaft vorleuchtete, — und abenteuerlicher Unternehmungslust nordischer Seefahrer verdanken die weißen Rassen ihre jahrhundertelange wirtschaftliche Vormachtstellung in der Welt.«

Und seit der Ueberwindung des Liberalismus »wissen wir wieder, daß nicht die Wirtschaft das Schicksal ist, sondern die Politik...« Aber — und nun kommt die geschichtliche Gemeinheit — die Weltgeschichte weiß offenbar nicht genug von diesen Gesetzen, sie macht manchmal, was sie will, sie läßt in Weltkriegen ganze Reiche kaputt gehen, deren Politik nicht viel schlechter war, als die ihrer Gegner, wohl aber die Wirtschaft und die Rohstofflager. Kurz, der Pressedietrich wird plötzlich ernster, es muß gesagt werden:

»Der Besitz von wirtschaftlichen Rohstoffen ist zugleich zu einem entscheidenden politischen Machtfaktor geworden. Die Absperrung großer Völker von den Naturschätzen der Erde ist für sie in einer Welt des Unfriedens, des Mißtrauens und der latenten politischen Spannung ein unerträglicher Zustand. Die Politik ist das Schicksal — aber die Wirtschaft ist das Brot der Völker!«

Also doch — und auch noch gesperrt ge-

druckt. Nun bliebe nur noch festzustellen, daß das Schicksal der Völker sehr vom Brot abhängt, den meisten Revolutionen gingen Mißernten voraus — und schon ist Pressedietrich beim krassesten Materialismus angelangt. Es liegt uns fern, dem Chef der neudeutschen Presse marxistisch zu kommen oder ihm nachzusagen, daß er irgend eine Ahnung von marxistischen Gedankengängen habe, er hat nur gehört, daß der Marxismus egalweg das Wirtschaftliche betont und das dies jüdisch-marxistisch-international sei. Und nun schmeißen Pleite und Rohstoffmangel das Primat der braunen Politik über den Haufen. Wie sag ich's meinem Kinde? Wie es gesagt wird, das kommt einer Kabarettnummer gleich.

### Besonders interessant

Auf dem kurmärkischen »Tag der Presse« sagte Reichsamtseiler Sindermann laut DAZ:

»Die Zeitungsgestaltung werde zu einer Persönlichkeitsfrage. Der Schriftleiter müsse nicht nur politischer Wegweiser, sondern auch Geschichtsschreiber der neuen Zeit sein... aus der Verschiedenheit der Zeitungen entwickle sich eine besonders interessante und vielgestaltige deutsche Presse.«

So hat sich der deutsche Leser Wegweiser, Persönlichkeiten, Geschichtsschreibung und Vielgestaltigkeit in seinen Alpträumen immer vorgestellt. Drum gibts im Dritten Reich auch keinen Abonnentenschwund und kein Zeitungsterben.

# Wo bleibt die halbe Milliarde der Arbeitsfront?

## Der Sumpf — die deutsche Arbeitsfront

Die größte Korruptionsanstalt im Dritten Reich ist die Deutsche Arbeitsfront, diese Tatsache ist allgemein, auch in Deutschland anerkannt. Würden die Arbeiter nicht zur Beitragszahlung gezwungen, würden sie überhaupt gefragt, dann gäbe es gar keine Arbeitsfront. Durch die jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit sind Millionen Arbeiter an eine saubere Führung gewöhnt; die demokratische Selbstverwaltung, die genaue vierteljährliche Abrechnung in allen Verwaltungsstellen, geprüft durch gewählte Vertrauensleute der Arbeiterschaft, ließ kein Mißtrauen aufkommen. Heute aber ist mit der Arbeitsfront die Frage identisch: wo bleibt unser Geld?

Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz — DAK —, das amtliche Organ der Deutschen Arbeitsfront, hatte im September fälschlich behauptet, Ley habe in Nürnberg einen umfassenden Rechenschaftsbericht gegeben und brachte nun einige Zahlen. Danach sollten die monatlichen Beiträge von 23,8 Millionen RM im August 1935 auf über 30 Millionen RM im August 1936 gestiegen sein. Gleichzeitig stiegen die monatlichen Ueberschüsse von 2 Millionen im Jahre 1935 auf 7,5 Millionen im Jahre 1936. Solch lächerlicher »Rechenschaftsberichte« wird von den Arbeitern nicht einmal zur Kenntnis genommen, denn er begründet nur den Verdacht schändlichster Korruption.

Jetzt erscheint der »Schatzmeister« der Deutschen Arbeitsfront, Brinkmann, auf dem Plan, um die Geldverschleuderung durch einen »Bericht« zu vertuschen. Brinkmann wäre sicher in der Lage, die Wahrheit zu sagen, aber er hütet sich, eine ordentliche Abrechnung vorzulegen. Sollte er es wirklich einmal wagen im Stile der Wahrheit, so müßten wir die Richtigkeit bestreiten, solange die Zahlen nicht durch frei gewählte Vertrauensleute der Zwangsbeitragszahler geprüft und bestätigt sind. Für diesmal ist die Unwahrheit zu handgreiflich!

### Mitgliederzahl

Die Zahl der Mitglieder anzugeben, müßte für den »Schatzmeister« doch das leichteste sein, zumal sie die Grundlage jeder Abrechnung ist. Die Gewerkschaften veröffentlichten darüber alljährlich sehr exakte Angaben, gegliedert nach männlichen, weiblichen, jugendlichen und Lehrlingsmitgliedern, geordnet nach Beitragsklassen; ebenso aufgeschlossenen die Beitrittszahlen, so daß jedes Mitglied schon danach die Einnahmen aus diesen Quellen berechnen konnte. Bekanntlich haben die Nazis diese Korruption der Bonzen kurz vor dem »Zusammenbruch der Gewerkschaften« aufgehoben. Das war pünktlich am 2. Mai 1933 um 10 Uhr. In diesem Augenblick haben die Nazis die gesamten Einrichtungen der Gewerkschaften gestohlen, eine vollkommen exakt arbeitende Organisation: Mitgliederkarten, Einnahmen, Ausgaben, alle Bestände, eine minutiös arbeitende Verwaltungseinrichtung usw. Jetzt, Anfang 1937, sagt der Brinkmann:

»Erst nachdem die Organisation eine feste äußere Form gewonnen hatte, schlug gewissermaßen ausgangs des Jahres 1934 die Geburtsstunde der neuen Verwaltung. Als die Deutsche Arbeitsfront mit der Ausgestaltung des Verwaltungsapparates begann, zählte sie etwa 14 Millionen Einzelmitglieder.«

Das war im Dezember 1934. Also ein Jahr und sieben Monate dauerte es bis zur »Geburtsstunde«, bis dahin gab es noch keine ordentliche Verwaltung, sondern, auf gut bayrisch, einen Saustall.

Die »feste äußere Form« hatte nach Brinkmann die DAF erst gegen Ende 1934 erreicht, aber der Rechtsanwalt Bühren — das ist der Karl Schmitt des Dr. Ley —, der alle Rechtsbrüche zu vertreten hat, behauptete im Kampf mit den Gewerkschaftern vor allen Gerichten wider besseres Wissen, daß die DAF bereits am 1. Juli 1933 fertig war als etwas ganz Neues, noch nie Dagewesenes, vollkommen Anders als die Gewerkschaften und deshalb sei die DAF auch nicht die Rechtsnachfolgerin der Gewerkschaften und sei nicht zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen genötigt. Brinkmann weiß es natürlich besser als dieser Rabulist; nicht einmal »verwalten« konnten die Räuber mit Hilfe einer exakten Organisation. 19 Monate dauerte es, bis sie sich hineinfanden. Im Dezember 1934 werden endlich 14 Millionen Mitglieder der DAF ermittelt. Was vorher gewesen ist an Mitgliedern, Vermögen und Einnahmen, darüber schweigt Brinkmann, obwohl er es weiß mit samt seinen Mitschuldigen Ley, Schumann, Biallas, Schmeer, Seizner und dem »Bankdirektor« Müller. Der Muchow gehörte besonders dazu, aber er

ist ja frühzeitig von seinem Freund niedergedrückt worden, wofür beide auch ein Staatsbegräbnis erhielten. Der Muchow hat's verdient und in Neukölln vergißt man's nicht.

Aus den 14 Millionen sind bis Ende 1936 rund 17 Millionen Einzelmitglieder geworden. Dazu kommen noch 8 Millionen korporativ angeschlossene Mitglieder, so daß die DAF insgesamt 25 Millionen Mitglieder zählt.

### Einnahmen

Ueber die Einnahmen sagt der Schatzmeister möglichst wenig, denn gar zu offenkundig darf der Schwindel doch nicht werden. Nach ihm betragen die Einnahmen im Dezember 1934: 16,5 Millionen RM. Legen wir diese Ziffer für das ganze Jahr zugrunde, so beträgt die Gesamteinnahme 198 Millionen RM. Im Jahre 1935 betragen die Einnahmen, nach Brinkmann, im Monat 23 Millionen, das ergibt 276 Millionen für das Jahr, und 1936 sollen es 28 Millionen im Monat sein, also 336 Millionen im Jahr. Diese Zahlen sind niedriger, als sie Ley und die DAK angegeben haben, aber dieser Widerspruch weist nur auf den Betrugsversuch hin. Die Beiträge zur DAF bewegen sich monatlich zwischen 1,20 RM und 12 RM. Nach genauer Abwägung aller uns bekannten Tatsachen müssen wir einen Durchschnittsbeitrag von wenigstens 2,50 RM im Monat annehmen, denn die Beiträge aller Arbeiter in der Metall-, Bau-, Werft- und chemischen Industrie, im Bergbau usw. liegen erheblich darüber, und berechnen wir nur die angegebenen 17 Millionen Einzelmitglieder, so ergibt sich eine monatliche Einnahme von rund 42 Millionen RM. Mit den Beiträgen der 8 Millionen korporativen Mitglieder erhöhen sich die Einnahmen aus den Beiträgen auf mindestens 45 Millionen RM. Dazu kommen noch die Einnahmen aus den Anlagen der DAF, aus Kapitalkinosen usw.,

so daß sich die Gesamtjahreseinnahme der DAF auf die Mindestsumme von 500 Millionen RM errechnet. Der Ley und sein »Schatzmeister« haben Ursache, keine Abrechnung abzulegen, sondern alles zu verschleiern.

### Ausgaben

Große Summen sollen der Öffentlichkeit imponieren und so werden als Barunterstützung angegeben

|                       |          |                 |
|-----------------------|----------|-----------------|
| für . . . . .         | 1933 =   | 18 Millionen RM |
|                       | 1934 =   | 64 „            |
|                       | 1935 =   | 80 „            |
| Januar—Novemb. 1936 = | 72 „     | „               |
| im ganzen Jahre       | wären es | 78,55 „         |

und wie zur Entschuldigung der Steigerung fügt Brinkmann noch hinzu, daß sie durch die Anerkennung von in den früheren Gewerkschaften erworbenen Rechten entstanden sei. Die Zahlen lassen nicht erkennen, wie sie sich auf die verschiedenen Unterstützungs-zweige verteilen, denn nur aus der Kenntnis, wieviel auf Kranken-, Arbeitslosen-, Umzug-, Notfall- und Invalidenunterstützung entfallen, lassen sich Schlüsse ziehen, aber das soll ja vermieden werden. Schließlich beträgt die sehr anfechtbare Unterstützungsangabe noch nicht einmal 25 Prozent der behaupteten Einnahme.

Für »soziale Betreuung« sind nach Brinkmann im Jahre 1935 ausgegeben 40,5 Millionen RM und von Januar bis Oktober 1936 insgesamt 39,5 Millionen RM, das wären im ganzen Jahre 47,4 Millionen RM. Darunter wird verstanden:

»Linderung der sozialen Not, Schlichtung sozialer und arbeitsrechtlicher Streitigkeiten durch die Rechtsberatungsstellen, Förderung und Pflege des Heimstätten-gedankens, gesundheitliche Betreuung der Mitglieder, Sicherung des Arbeitsfriedens und Ausgleich der Interessens Gegensätze im Betriebe durch Vertrauensräte und Betriebsgemeinschaften, Lösung sozialer Probleme durch Arbeitsausschüsse und Arbeitskammern.«

Das sind alles nichtssagende Redensarten. Linderung der sozialen Not, darunter werden wahrscheinlich die Ausgaben für die Hitlerjugend gebucht, denn seit 1934 wird diese ganze Einrichtung von der DAF finanziert; so müssen die Arbeiter noch dafür bezahlen, daß die Kinder gegen die Eltern aufgehetzt und zu Denunzianten erzogen werden. Die gesundheitliche Betreuung der Arbeiter ist Aufgabe der Krankenkassen, aber weil die meisten durch die Nazis ruiniert sind, muß die Arbeitsfront einen Teil ihrer Arbeit bezahlen. Ebenso wird die DAF mit herangezogen zur Finanzierung der Treuhänder und der Arbeitskammern. Soviel wie möglich wird der Staat entlastet

im Interesse der Aufrüstung und alles den Arbeitern aufgebürdet.

»Für die Schulung der Walter und Warte der DAF, für eine systematische Schulung der Vertrauensräte, für die Berufserziehungsmaßnahmen zum Zwecke der Leistungssteigerung in Schulungskursen, Lehrwerkstätten, Übungsfirmen, DAF-Fachschulen, sowie den Reichsberufswett-kampf«

wurden 1935 ausgegeben 19,5 Millionen RM und vom Januar bis Oktober 1936 = 10,7 Millionen RM, das macht für das ganze Jahr 12,84 Millionen RM. Auch hier sehen wir eine weitgehende Entlastung des Staates und der Unternehmer, denn für die Berufserziehung haben diese beiden aufzukommen, aber man belastet auch damit z. T. die Arbeiterschaft. Lehrwerkstätten, Übungsfirmen, Fachschulen und der alberne Reichsberufswettkampf müssen von den Arbeitern bezahlt werden. Doch wer bezahlt die höheren und Hochschulen? Werden die Kosten für die Berufsausbildung dieser Schüler auch den Eltern in dem Maße auferlegt, wie es jetzt bei den Arbeitern geschieht? Die Leistungssteigerung zugunsten der Unternehmer müssen die Arbeiter durch ihre Beiträge auch noch bezahlen und mit all dem hat der Arbeiter bekanntlich seine »Ehre« wiedergewonnen.

### Verwaltungskosten

Der Schatzmeister kann nicht ganz umhin, auch über die Verwaltungskosten etwas mitzuteilen und weil das recht schwierig ist, sagt er's in Prozenten, weil es so kleinere Zahlen gibt. Also heißt es, daß die Kosten immer weiter gesenkt wurden. Im Dezember 1934 betragen sie noch 36 Prozent der Einnahmen, im Jahre 1935 waren es 23,7 Prozent und 1936 nur 21,7 Prozent. Sind schon diese Verhältniszahlen unerhört hoch, so zeigt sich der ganze Skandal, wenn man den Angaben einmal auf den Grund geht unter Berücksichtigung der von Brinkmann behaupteten Einnahmen. Dann ergeben die 36 Prozent im Dezember 1934 eine Summe von 5,94 Millionen RM oder im Jahr 71,28 Millionen RM. Im Jahre 1935 betragen die Verwaltungskosten 65,31 Millionen und 1936 ist die Summe auf 72,91 Millionen RM gestiegen. Das ist aber noch lange nicht alles, denn die Ausgaben für die sogenannten Rechtsauskunftstellen sind in der Summe für die »soziale Betreuung« enthalten und die Unkosten für die früher einmal auf 50.000 bezifferten Lehrer aller Art sind verbucht unter »Schulung«. Für diese beiden Posten sind 1936 zusammen 50,24 Millionen RM ausgegeben, die zum größten Teil »Verwaltungskosten« sind. Aber das ist noch nicht alles, denn da ist noch die Organisation »Kraft durch Freude«, der nicht alle Mitglieder der DAF angehören, sondern nur insoweit, als sie sich dazu anmelden und zahlen. Die Kosten für die Reisen usw. müssen die Teilnehmer selbst aufbringen. Auch hier versucht Brinkmann, die Korruption zu verdecken durch Ungenauigkeit und so sagt er denn, daß die Verwaltungsausgaben nur 0,10 bis 0,12 RM pro Mitglied und Monat betragen, aber — das ist entscheidend und bezeichnend, nicht pro Mitglied der KdF, sondern der DAF. Es ergibt sich nunmehr folgendes: legen wir das Mittel zugrunde, 11 Pfg. pro Monat, so ergibt das im Jahre pro Mitglied 1,32 RM oder für 25 Millionen Mitglieder der DAF eine Gesamtsumme von 33 Millionen RM Verwaltungskosten für die KdF in der DAF. Wir rechnen zusammen: 72,91 Millionen RM Verwaltungskosten der DAF, dazu aus der »sozialen Betreuung« ca. 20 und aus der »Schulung« 5 Millionen als die unterste Grenze, und 33 Millionen RM für die KdF, und die Totalsumme an Verwaltungsausgaben beträgt mindestens rund 130 Millionen RM nach den Angaben des »Schatzmeisters« der DAF.

Betrachten wir nun die Einnahmen und Ausgaben der DAF nach den offiziellen Angaben, so zeigt sich für 1936:

|                             | Mill. RM | Mill. RM          |
|-----------------------------|----------|-------------------|
| Einnahmen: . . . . .        | 336,—    |                   |
| Ausgaben:                   |          |                   |
| Unterstützungen . . . . .   | 78,55    |                   |
| Soziale Betreuung . . . . . | 47,40    |                   |
| Schulung . . . . .          | 12,84    |                   |
| Verwaltung . . . . .        | 72,91    |                   |
|                             |          | Ueberschuß 124,30 |

Davon gehen noch ab die 33 Millionen für die Verwaltung der KdF, denn Brinkmann hat nicht ohne Grund diese Kosten nach der Mitgliederzahl der DAF berechnet, zumal die von den Reiseteilnehmern zu zahlenden Summen zu gering sind, um auch

noch die »Verwaltungskosten« zu decken, die bei einer Umlage unverschämte hoch werden müßten. Dadurch verringert sich der Ueberschuß auf 90,31 Millionen RM und wir nähern uns der Summe, welche die DAF als monatlichen Ueberschuß mit 7,5 Millionen RM angegeben hat, denn im Jahre wären das 90 Millionen RM.

So haben wir den ganzen Korruptionssumpf vor uns, denn nach den eigenen Angaben betragen die Ausgaben für Verwaltung weit mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben, oder 38,7 Prozent der angegebenen Einnahmen.

Aber diese Einnahmen stimmen nicht, denn sie belaufen sich auf mindestens 500 Millionen RM im Jahre, ohne die KdF, ohne Schulungs-, Kur-, Sport- und Versammlungsbeiträge, welche den Teilnehmern und »Mitgliedern« noch abgeknöpft werden. Die Tiefe des Korruptionssumpfes ist noch lange nicht ausgelotet, noch immer ist die Frage der Arbeiter ungenügend beantwortet: was geschieht mit den uns zwangsweise abgenommenen Beiträgen für die Deutsche Arbeitsfront?

Ein besonderes Kapitel ist die Presse der DAF. Die Mitglieder sind verpflichtet, eine der Fachzeitungen zu bestellen. Die Gewerkschaften brachten den Mitgliedern ihre Zeitung ins Haus und aus der Auflage war der Mitgliederbestand zu erkennen. Bei der DAF werden die Beiträge vom Lohn abgezogen und die Arbeiter sollen unter den DAF-Zeitungen eine auswählen und bestellen. Natürlich wird Zwang ausgeübt, denn die Arbeiter sollen nationalsozialistisch verseucht werden. Wer sich weigert, sabotiert die »Betriebsgemeinschaft« und wird dem Betriebsleiter zur Entlassung gemeldet.

Früher gaben die großen Betriebe sog. Werkzeitungen heraus und die meisten standen unter der Redaktion des berühmten Ingenieurs Arnhold vom Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung — Dinta —, einer Einrichtung der Schwerindustrie zur Gelbfärbung der Arbeiter. Arnhold war 1918 »revolutionärer« Soldatenrat, aber der Rätekongreß 1918 erkannte den Schleier nicht an. Dann ging er zur Schwerindustrie und der Korruptionär wurde Oberingenieur, Doktor und unter Hitler endlich Professor. Natürlich gehört er zu Ley, die DAF gibt jetzt die Werkzeitungen heraus, denn Hitler weiß, daß die Darlehen der Industrie zurückzahlen sind. Früher mußte die Industrie diese gelben Zeitungen finanzieren und den Arnhold dazu. Diese Zeitungen werden in den Betrieben einfach verteilt und so erreichen die ganzen Drucksachen der DAF nach Brinkmann eine Auflage von ca. 20 Millionen. Und dennoch kann nicht verheimlicht werden, daß die Arbeiter freiwillig nichts davon wissen wollen und was sie gezwungen nehmen müssen, braucht noch lange nicht zustimmend gelesen zu werden und so wird das Papier eben im täglichen Leben verbraucht bis auf den stillen Ort, wo der ganzen DAF und ihren Erzeugnissen die einzig mögliche Reverenz erwiesen wird. Martin Stahl.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphias«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18,—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2,— (Kc 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs 2,45 (29,50) Bulgarien Lew s. (96) ; Danzig Guld 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk 4,— (48,—), Frankreich Frs 1,50 (18,—) Großbritannien d 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld 0,15 (1,80) Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60) Litauen Lit. 0,55 (6,60) Luxemburg B. Frs 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pt. 0,20 (2,16), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—) Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20) USA 0,08 (1,—)

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.364. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«. Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.